



## Kurzanalyse und Bewertung

# WAHLPROGRAMM-CHECK: Bundestagswahl 2025

Welche Wahlprogramme bringen die Energiewende  
voran?

# IMPRESSUM

WAHLPROGRAMM-CHECK: Bundestagswahl 2025. Welche Wahlprogramme bringen die Energiewende voran? Kurzanalyse und Bewertung.

## Erstellt durch:

Reiner Lemoine Kolleg

c/o Reiner Lemoine Institut gGmbH  
Rudower Chaussee 12 | 12489 Berlin

Tel.: +49 30 1208 434 90

<https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/kolleg>

**Layout und Grafiken:** Edmund Obermeyer und Philipp Diesing basierend auf Nadine Rossa | Veröffentlicht im Februar 2025

**Autor:innen:** Reiner Lemoine Kolleg (Philipp Blechinger, Nubius Brandner, Philipp Diesing, Martha Hoffmann, Tabea Katerbau, Josephine Semb), Reiner Lemoine Stiftung (Edmund Obermeyer, Fabian Zuber)

## Über das Reiner Lemoine Kolleg

Das Team des Reiner Lemoine Kollegs forscht praxis- und anwendungsorientiert in enger Kooperation mit dem Reiner Lemoine Institut und den betreuenden Lehrstühlen an Fragestellungen der EnergieSystemWende. Es wird von einem Mentor:innen aus Verbänden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen unterstützt. Ziel des Kollegs ist es, systemische Hemmnisse der Energiewende besser zu verstehen und zielgerichtete Lösungen zu entwickeln, um ein Energiesystem mit 100 % erneuerbaren Energien zeitnah möglich zu machen.

## Bitte zitieren als:

Reiner Lemoine Kolleg (2025): WAHLPROGRAMM-CHECK. Bundestagswahl 2025. Welche Wahlprogramme bringen die Energiewende voran? Kurzanalyse und Bewertung



*Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.*

# INHALT

Die Bundestagswahl 2025 ist auch eine Energiewende-Wahl.....	4
Aktuelle Situation in Deutschland.....	5
Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Bewertungskriterien .....	7
Methodisches Vorgehen: Bewertung der Wahlprogramme.....	11
Wahlprogramm-Check zur Bundestagswahl 2025 - Ergebnisse.....	12
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) .....	15
Unionsparteien (CDU/CSU) .....	17
Bündnis 90/Die Grünen (Grüne).....	19
Freie Demokratische Partei (FDP).....	21
Alternative für Deutschland (AfD).....	23
Die Linke (Linke).....	25
Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).....	27
Literaturverzeichnis.....	29
Anhang.....	32

# Die Bundestagswahl 2025 ist auch eine Energiewende-Wahl

Die Bundestagswahl 2025 wird maßgeblich die Weichen für die künftige Energiepolitik stellen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden sich neue parlamentarische Mehrheiten ergeben, was auch eine veränderte Zusammensetzung der Bundesregierung zur Folge haben dürfte. Umso wichtiger ist die Frage, mit welchen Konzepten und Ideen die Parteien in den Wahlkampf gehen. Die energiepolitischen Vorstellungen der Parteien werden maßgeblich die Agenda der nächsten Legislaturperiode bestimmen.

*Die Bundesregierung spielt eine Schlüsselrolle in der Energiepolitik.* Sie setzt die wesentlichen Stellschrauben und Prioritäten – von gesetzlichen Rahmenbedingungen über Förderprogramme bis hin zur Festlegung, welche Energieträger bevorzugt gefördert oder wie schnell bestimmte Transformationen umgesetzt werden. Auch die Marktstruktur wird auf Bundesebene gestaltet: Welche Akteure Vorteile genießen, wie konsequent das Energiesystem modernisiert wird und welche wirtschaftlichen Anreize gesetzt werden, entscheidet maßgeblich die Bundespolitik.

*Eine der größten Herausforderungen* in der Energiepolitik bleibt die Weiterentwicklung des Energiesystems. Der Wandel hin zu einer erneuerbaren, dezentralen und intelligenten Energieversorgung erfordert eine aktive politische Steuerung. Klimaneutralität kann nur erreicht werden, wenn fossile Strukturen konsequent abgebaut und durch ein zukunftsfähiges, flexibles System ersetzt werden. Es geht nicht nur um den Umstieg auf erneuerbare Energieträger, sondern um eine grundsätzliche Neugestaltung der Energieinfrastruktur: Millionen dezentraler Erzeuger statt weniger Großkraftwerke, eine stärkere Elektrifizierung von Verkehr und Wärme sowie ein konsequenter Ausbau von Speichertechnologien.

Dieser Wandel passiert nicht von selbst – er muss aktiv gestaltet werden. *Die Energiewende ist nicht nur eine technologische, sondern auch eine gesellschaftliche Transformation.* Um den Energiemarkt für die Zukunft fit zu machen, müssen alte Strukturen aufgebrochen und neue Ansätze mutig umgesetzt werden. Die Ampel-Koalition (SPD, FDP, Grüne) hat den Ausbau der erneuerbaren Energien bereits deutlich vorangebracht: 2024 wurde mit 63 % deutlich mehr als die Hälfte des Stroms (Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen 2025) aus erneuerbaren Quellen erzeugt. Gleichzeitig wurden diese Fortschritte durch die Energiekrise infolge des Ukraine-Kriegs und den Ausbau der Gasinfrastruktur überschattet. Vor allem im Verkehrssektor bleibt die Transformation hinter den Klimazielen zurück. Die Debatten um das Gebäudeenergie-Gesetz und steigende Energiepreise haben zudem in Teilen der Bevölkerung für Verunsicherung gesorgt.

Die Bundestagswahl 2025 wird daher auch eine Richtungswahl für die Energiewende. Die Konzepte der Parteien unterscheiden sich teils stark – sowohl in der Geschwindigkeit als auch in der Art der Transformation. Entscheidend wird sein, welche politischen Mehrheiten sich nach der Wahl ergeben. Denn eines ist sicher: Die kommende Bundesregierung wird darüber bestimmen, wie ambitioniert Deutschland seine Energiewende in den nächsten Jahren fortführt. Um zu verstehen, mit welchen Forderungen und Ideen die Parteien ins Rennen um die Bundestagswahl gehen, haben wir den folgenden Wahlprogramm-Check erarbeitet.

# Aktuelle Situation in Deutschland

Nach dem Bruch der Ampelkoalition im November 2024 und der anschließenden gescheiterten Vertrauensfrage von Bundeskanzler Olaf Scholz am 16. Dezember 2024 wurde der Bundestag aufgelöst, und Neuwahlen wurden für den 23. Februar 2025 angesetzt.

Diese politische Neuausrichtung findet in einem der wirtschaftlich und geopolitisch bedeutendsten Länder Europas statt. Deutschland ist mit einer Fläche von rund 357.000 Quadratkilometern und etwa 83 Millionen Einwohner:innen das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union. Die deutsche Wirtschaft, die viertgrößte der Welt, ist stark diversifiziert. Zu den wichtigsten Sektoren zählen der Automobilbau, der Maschinenbau, die Chemieindustrie und der Dienstleistungssektor. Auch aufgrund dieser wirtschaftlichen Bedeutung verbraucht Deutschland mehr Energie als jedes andere EU-Land und ist ein zentraler Akteur in der europäischen Energiepolitik. Dies spiegelt sich auch in den politischen Debatten wider, insbesondere im Kontext der Bundestagswahl 2025, in der energiepolitische Weichenstellungen eine entscheidende Rolle spielen.

Bei der letzten regulären Bundestagswahl am 26. September 2021 lag die Wahlbeteiligung bei 76,4%. Für die anstehende Wahl am 23. Februar 2025 sind schätzungsweise mindestens 59,2 Millionen Deutsche wahlberechtigt (Statistisches Bundesamt 2025). Der Deutsche Bundestag besteht aktuell aus 733 Abgeordneten. Aktuell verteilen sich die Sitze wie folgt: SPD (207), CDU/CSU (196), Bündnis 90/Die Grünen (117), FDP (90), AfD (76) und die Gruppen Die Linke (28) und das BSW (10) sowie Fraktionslose (9) (Deutscher Bundestag 2025).

Aktuelle Umfragen zur Bundestagswahl 2025 zeigen folgende Tendenzen: Die CDU/CSU führt mit etwa 30 % der Stimmen, gefolgt von der AfD mit 22 % und der SPD mit 17 %. Die Grünen kommen auf 12 %, während das neu gegründete Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei 6 % und Die Linke bei 4 % liegen. Die FDP steht ebenfalls bei 4 % und muss damit zusammen mit Der Linken und dem BSW um den Einzug in den Bundestag bangen (DAWUM 2025).

## ENERGIEVERSORGUNG UND ZIELE

Die Energiepolitik spielt eine zentrale Rolle im aktuellen Wahlkampf. Deutschland ist der größte Energieverbraucher der EU und befindet sich in einer umfassenden Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Die Energiewende wird dabei von verschiedenen Herausforderungen geprägt, darunter der bereits vollzogene Ausstieg aus der Kernenergie, der schrittweise Kohleausstieg bis 2038 sowie der steigende Strombedarf der Industrie, im Gebäudesektor und bei der Mobilität. Deutschland hatte im Jahr 2023 einen Primärenergiebedarf von 2.845 TWh und einen Bruttostrombedarf von 520 TWh (International Energy Agency 2025), was einem Elektrifizierungsanteil von 18% entspricht. Aufgrund der (Teil-)Elektrifizierung des Mobilitäts-, Gebäude- und Industriesektors ist mit fortschreitender Energiewende ein deutlich höherer Anteil zu erwarten. In einem Energiesystem, was auf 100% erneuerbaren Energien basiert, wird ein Primärenergiebedarf von 1.793 TWh geschätzt, mit einem Bruttostrombedarf von 1.017 TWh (Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut 2021). Dies entspricht einem Elektrifizierungsanteil von 57%.

Die installierte Leistung von Windkraftanlagen in Deutschland betrug im Jahr 2023 rund 68 Gigawatt, mit einem geplanten Ausbauziel von 115 Gigawatt bis 2030. Die Photovoltaik-Kapazität lag bei 80 Gigawatt und soll bis 2030 auf mindestens 215 Gigawatt steigen (BMWK 2025). Zudem ist ein massiver Ausbau der Wasserstofftechnologie vorgesehen, um die Energieversorgung zu stabilisieren und die Industrie zu defossilisieren.

Wie in Abbildung 1 dargestellt, besteht der Strommix zu 60% aus erneuerbaren Energien. Braun- und Steinkohle sind mit 21% der größte fossile Energieträger, der zur Erzeugung von Strom genutzt wird, gefolgt von Erdgas mit 17%. Unter den erneuerbaren Energien hat Windenergie mit 50% den größten Anteil, gefolgt von Photovoltaik mit einem Anteil von 26%, wie in Abbildung 2 dargestellt. Zum Teil werden bereits Biomasse und Wasserkraft zur Stabilisierung des Stromsystems eingesetzt.

Obwohl Fortschritte beim Ausbau der erneuerbaren Energien erzielt werden konnten, sind nach wie vor große Schritte und eine ambitionierte Energiepolitik notwendig, um die selbstgesteckten Ziele zu erreichen.

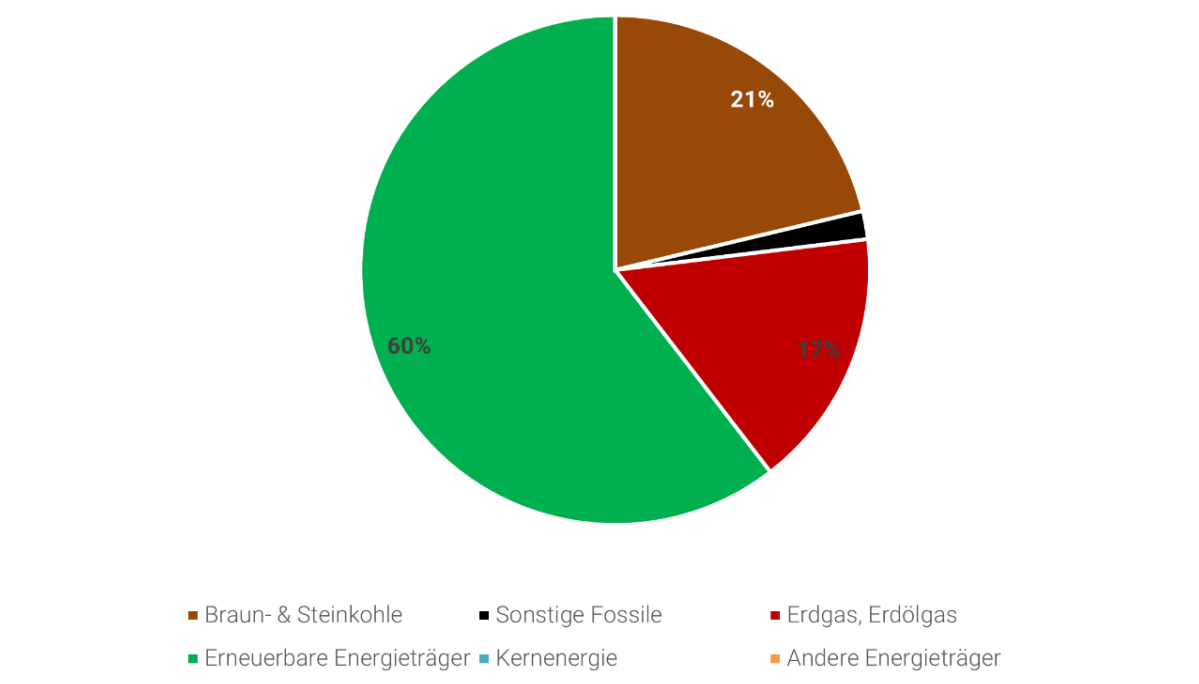


Abbildung 1. Bruttostromerzeugung in Deutschland nach Energieträgern (Burger 2025).

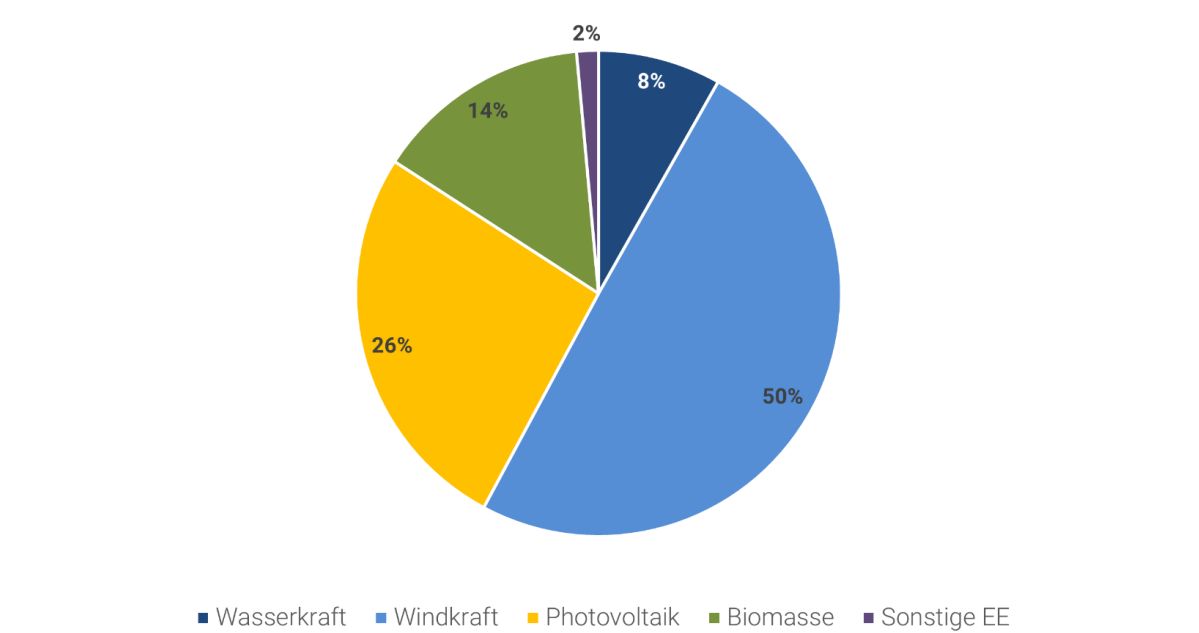


Abbildung 2. Anteile erneuerbarer Energieträger im deutschen Strommix (Burger 2025).

# Worauf es ankommt: Elf energiepolitische Bewertungskriterien

Damit die Gestaltung des erneuerbaren Energiesystems gelingen kann, braucht es mehr als Ausbauziele. Es braucht Konzepte, Strategien und konkrete Maßnahmen. In einem Impulspapier hat das Reiner Lemoine Kolleg, die Themenkomplexe Flexibilität, Speichertechnologien, Soziale Teilhabe und erneuerbare Mobilität analysiert und [dazu Ende 2020 Ideen vorgelegt](#) (Reiner Lemoine Stiftung 2020). Inspiriert von den Anforderungen, die sich in diesen Bereichen aus dem Zielmodell des erneuerbaren Energiesystems ergeben, haben wir **elf wesentliche Kriterien** herausgearbeitet, die wir für die Bewertung der Wahlprogramme zu den [Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern](#) (Reiner Lemoine Kolleg 2024a; 2024b; 2024c) letztes Jahr anwandten. Diese elf Kategorien wenden wir jetzt geschärft auf die Programme der Bundestagswahl an.

Folgende Kriterien werden bei der Kurzanalyse zur Grundlage gemacht:



## 1. Vision erneuerbares Energiesystem

Eine positive Erzählung zum Weg in eine nachhaltige Zukunft.

Der Widerstand gegen die Energiewende richtet sich zunehmend nicht nur gegen Einzelprojekte, sondern gegen die Transformation insgesamt. Es ist daher relevant festzuhalten, ob die Parteiprogramme positive Energiewendenarrative, oder einen Anti-Energiewende-Populismus vertreten (Teune et al. 2021; Reusswig und Küpper 2023). Indem die Vorteile eines erneuerbaren Energiesystems, etwa seine wirtschaftliche Stabilität und soziale Gerechtigkeit hervorgehoben werden, können Ängste vor Veränderungen abgebaut und das Vertrauen in die Umsetzbarkeit der Energiewende gestärkt werden. Insgesamt wird in einer positiven Energiewendevision der Übergang in eine sogenannte Green Economy unterstützt, in der nachhaltiges Wirtschaften Arbeitsplätze mit Zukunft schafft.



## 2. Ziele

Erneuerbare Ausbau- und fossile Ausstiegsziele.

Um das Klimaschutzgesetz von 2024 einzuhalten und bis 2045 klimaneutral zu werden, sind klare Schritte nötig. Die Energiewende erfordert den Ausbau erneuerbarer Kapazitäten (Wind, PV, Wasserkraft) sowie den Abbau fossiler Produktion, insbesondere durch den Kohle- und Gasausstieg (Quaschnig 2016; Herpich et al. 2023). Die Gaskrise führte zu einer falschen Einstufung von schädlichem Erdgas als Brückentechnologie. Diese Programme sollten daher klare Ausstiegspläne vorlegen, die keine technologische Verschleppung bevorzugen (Holz et al. 2022). Auch am Atomausstieg sollte festgehalten werden, da eine Wiederaufnahme der Reaktoren weder systemdienlich noch transformationsfreundlich ist.



### 3. Beteiligung und Teilhabe

Mitwirkung an Energieprojekten und Energiepolitik ermöglichen.

Ein Einbezug der Bürger:innen in Form von Beteiligung und Teilhabe wird als wichtiger Baustein der Energiewende anerkannt. Maßnahmen adressieren die vielen Arten, wie diese Mitwirkung aussehen kann, namentlich Kommunikation und Transparenz, wirtschaftliche Teilhabe, und Schutz von Anwohnern und Natur (Local Energy Consulting 2020). Im speziellen zählen finanzielle Bürgerbeteiligung und Wertschöpfung vor Ort, Bürgerenergie, Genehmigungsprozesse sowie Mieter- und Quartierskonzepte zu dieser Kategorie.



### 4. Gerechte Energiewende

Solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen.

Gerechtigkeitsaspekte der Energiewende werden anerkannt. Dazu gehören Aspekte der Verteilungsgerechtigkeit (Holzmann und Wolf 2023), also der Verteilung von Förderungen und Belastungen auf verschiedene Gruppen. Das schließt zum einen Entlastungsmaßnahmen, aber auch eine Adressierung des Strukturwandels und sozialer Gerechtigkeit in internationalen Beziehungen mit ein. Eine reine Identifikation der Probleme ist nicht hinreichend, hingegen müssen auch Ausgleichsmaßnahmen definiert werden, z.B. Härtefallregelungen oder das Klimageld.



### 5. Umbau der Industrie

Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Emissionen aus der Industrie, besonders der energieintensiven Grundstoffindustrie tragen zu ca. einem Fünftel der Gesamtmenge der globalen Emissionen bei (Diesing et al. 2025). Um die Transformation zu einer klimaneutralen, defossilisierten Industrie gestalten zu können, sind folgende Punkte wichtig und werden klar hervorgehoben: das klare Bekenntnis zu einer klimaneutralen und fossilfreien Industrie bis 2045 (Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut 2021), der Fokus und Nennung der wichtigsten Technologieansätze, wie Elektrifizierung, Nutzung von grünem Wasserstoff und Recycling (Diesing et al. 2025), die Begrenzung von CCS/CCU auf unvermeidbare Prozessemissionen, Flexibilisierung von Prozessen, Sicherstellung hinreichender Netzanschlusskapazitäten, sowie das Bekenntnis zur finanziellen Förderung von neuen Technologien, bzw. Bepreisung von emissionsintensiven Prozessen (Bataille et al. 2018) über Instrumente wie Carbon Contracts for Difference, CO2 Preise oder mittels grüner Leitmärkte (Agora Energiewende und Wuppertal Institut 2019). Das Narrativ, dass die Transformation der Industrie zwangsläufig zu einer Deindustrialisierung Deutschlands führt, wird nicht bedient.





## 6. Flexibles Strommarktdesign und Entgelte

Flexibilitätpotenziale verstärken, und (dezentrale) Anreize setzen.

Wird angeregt, ein flexibles Strommarktdesign mit dynamischen Strom- und Netztarifen einzuführen? Die Notwendigkeit eines flexiblen Designs wird klar hervorgehoben, um haushaltsnahe Flexibilitäten – wie Elektrofahrzeuge, Wärmepumpen und Heimspeicher – systemdienlich einzubinden. Dynamische Tarife, die sowohl Strompreise als auch Netzentgelte in Echtzeit anpassen, gelten als Schlüssel, um Nachfrage und Angebot effizient auszubalancieren und können verhindern, dass Verbrauchsspitzen die Stromnetze belasten. Durch die Automatisierung solcher Ansätze könnten Endkunden nicht nur Kosten sparen, sondern auch die Energiewende aktiv unterstützen (Agora Energiewende und Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. 2023).



## 7. Wärmewende

Forcierung der Elektrifizierung und erneuerbaren Energien in der Wärmewende.

33% des deutschen Primärenergieverbrauchs werden jährlich für die Produktion von Raumwärme und Warmwasser aufgewendet (Umweltbundesamt 2024a). Um die Emissionen im Wärme- und Gebäudesektor zu senken bedarf es flächendeckenden energetischen Gebäudesanierungen (Prognos AG 2024) und einer Beendigung fossiler Wärmeproduktion (Herpich, Holz, und Löffler 2023). Explizit bedeutet dies Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate und einer Unterstützung der kommunalen Wärmeplanung, welche die Dekarbonisierung vorantreibt. Im Bereich erneuerbarer Wärmequellen bieten sich Technologien wie Wärmepumpen, Geothermie, Power2Heat oder alternative Gase an, welche staatliche Transformationsförderung benötigen. Obwohl Wasserstoff als alternatives Gas im Gesetzestext zur kommunalen Wärmeplanung verankert ist, eignet es sich aus Sicht der Wissenschaft nicht als Raumwärmequelle (Blohm et al. 2024; Rosenow 2022).



## 8. Verkehrsvermeidung und -verlagerung

Reduktion von Wegen, Alternativen zum motorisierten Individualverkehr.

Der Verkehrssektor ist für rund 22% der Treibhausgasemissionen in Deutschland verantwortlich (Umweltbundesamt 2024b). Zur Reduktion der Treibhausgasemissionen im Verkehr sind neue Mobilitätskonzepte, die sich auf Verkehrsvermeidung- und Verlagerung konzentrieren, notwendig. Dazu gehört die Verlagerung vom motorisierten zum nicht-motorisierten Individualverkehr und zum öffentlichen Verkehr, die Teilverlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene sowie die effizientere Auslastung von PKWs (Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut 2021). Dies ist durch Förderung und Anreize (z.B. Deutschlandticket) sowie den Ausbau von Infrastruktur (Fahrrad- und Fußwege, Schienennetzausbau etc.) und intelligente Stadtplanung (z.B. autofreie Innenstädte, Nahversorgung) sicherzustellen (Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut 2021). Durch ein Tempolimit können Emissionen im Straßenverkehr effektiv und schnell reduziert werden.



## 9. Antriebs- und Treibstoffwende

Die Automobilität wird Richtung Elektromobilität gesteuert.

Zusätzlich zur Vermeidung und Verlagerung von Verkehr ist auch der Wechsel zum klimaneutralen Antrieb und Treibstoff, insbesondere vom Verbrenner- zum Elektroantrieb, im Straßenverkehr unverzichtbar (Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut 2021) und wird priorisiert. Sicherzustellen ist dies durch ein klares, politisches Bekenntnis zum Elektroauto sowie durch Unterstützung des Markthochlaufs der Elektromobilität durch Ausbau der Ladeinfrastruktur und finanzieller Förderung. Die Produktion und Nutzung synthetischer Kraftstoffe (E-Fuels) sollten für den Langstreckenverkehr (Flug- und Schiffsverkehr) mitgedacht werden, jedoch nicht für den Personennahverkehr. Der Güterverkehr sollte, wo nicht schon geschehen, weitestgehend elektrifiziert werden, ergänzt durch Brennstoffzellentechnologie für bestimmte Arten des Schwerlastverkehrs (Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut 2021).



## 10. Stromnetz und Stabilität

Stabiles Stromnetz als Rückgrat der Energiewende.

Das Stromnetz ist das Rückgrat unserer Gesellschaft und wird durch die Elektrifizierung von Mobilität und Wärme sowie zunehmender Sektorenkopplung immer wichtiger. Auf dem Weg zum klimaneutralen Stromsystem ist ein sicherer Betrieb auf Basis von erneuerbaren Energien essenziell, da großflächige Stromausfälle dramatische gesellschaftliche und ökonomische Folgen haben können. Der Umbau hin zu einem System, das die Stromnachfrage zu 100 % aus volatilen erneuerbaren Energien deckt, stellt hohe Anforderungen an die Stabilität des Netzes. Die strukturelle Transformation des Stromnetzes macht es anfälliger für Störungen, weshalb konkrete Maßnahmen für einen sicheren Betrieb und die Anpassung an neue Anforderungen dringend erforderlich sind (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) 2023). Zu diesen Maßnahmen gehört zum Beispiel der Betrieb von Speichern.



## 11. Grüner Wasserstoff

Grüner Wasserstoff als Teil der Energiewende.

Grüner Wasserstoff, hergestellt mittels Elektrolyse und erneuerbarem Strom, wird einer der Kernbausteine eines klimaneutralen Energiesystems sein (International Renewable Energy Agency (IRENA) 2022). Die Erzeugung von grünem Wasserstoff ist gegenüber anderen Herstellungsformen zu bevorzugen, um CO<sub>2</sub>-Emissionen möglichst vollständig zu vermeiden, und sollte möglichst systemdienlich eingesetzt werden (Linke et al. 2023). Aufgrund seiner (noch) hohen Kosten sowie begrenzten Verfügbarkeit sollte Wasserstoff vorrangig für sogenannte Hard-to-Abate Emissionen eingesetzt werden, wie zum Beispiel in der Industrie, dem Langstreckenverkehr und als saisonaler Energiespeicher im Energiesystem (Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut 2021). Sicherzustellen ist zudem der Ausbau einer Wasserstoffinfrastruktur in Form von Importstrukturen, Speichermöglichkeiten und (trans-)nationalen Wasserstoffverteilnetzen. Grüner Wasserstoff sollte während des Hochlaufs finanziell gefördert werden (Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut 2021).






# Methodisches Vorgehen: Bewertung der Wahlprogramme

Für die Analyse haben die Autor:innen die in den Wahlprogrammen beschriebenen Maßnahmen und Ziele den elf Bewertungskriterien zugeordnet. Anschließend wurde geprüft, inwieweit diese den geforderten Handlungsempfehlungen genügen. Mit einem einfachen Noten-System wurden daraus die allgemeinen Bewertungen abgeleitet (siehe Tabelle 1). Pro Kriterium wurden diese Bewertungen weiter verfeinert, und für die Programmauswertung durch eine Sammlung relevanter Schlagwörter konkretisiert. Die ausführliche Bewertungsmatrix ist im Anhang (ab Seite 32) dargestellt. Sie ist die Grundlage für eine transparente, vergleichbare und objektive Bewertung der Wahlprogramme.

Aufgrund der Kurzfristigkeit dieser Bundestagswahl wurden die zum 9. Januar bereits veröffentlichten Entwürfe der Wahlprogramme als Datengrundlage verwendet. Da diese ebenso aus den parteiinternen Gremien kommen, kann von ihnen eine Übereinstimmung mit den allgemeinen Forderungen der Parteien erwartet werden, auch wenn einzelne Maßnahmen zuletzt nicht in die finalen Programme übernommen wurden.

Um die maximale Objektivität sicherzustellen ist das Team des Reiner Lemoine Kollegs folgendermaßen vorgegangen: Zunächst wurden die Wahlprogramme mithilfe von generativen KI-tools anonymisiert, wofür die Parteinamen, ideologienahe Wortlaute und Formatierungen aus den Programmen entfernt wurden. Dann wurde den Programmen randomisiert Zahlen von 1-7 zugeteilt, um mögliche Voreinstellungen der Autor:innen nicht auf die Bewertung Einfluss nehmen zu lassen. Daraufhin wurden alle Wahlprogramme vollständig gelesen und auch unter Zuhilfenahme der Schlagworte auf ihre Aussagen zu den Kriterien untersucht. Dabei wurde besonders darauf geachtet, den gesamten Text zu berücksichtigen. Nachdem jegliche relevante Informationen von den Expert:innen aus den Programmen extrahiert wurde, wurden sie nach dem oben erläuterten wissenschaftlichen Stand bewertet (siehe Seite 7). Um die Bewertung für Leser:innen nachvollziehbar zu gestalten, wurde sie in einem Fazit erläutert. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse erfolgt auf den folgenden Seiten.

*Tabelle 1: Bewertungskategorien für die Wahlprogramme*

Illustration	Note	Erklärung
	1	Sehr gute Ansätze und Maßnahmen. Sie fördern konkret und umfassend die Fortsetzung der Energiewende.
	2	Gute Ansätze und Maßnahmen welche eine gute Fortsetzung der Energiewende ermöglichen.
	3	Befriedigende Ansätze und Maßnahmen für die teilweise Fortsetzung der Energiewende.
	4	Schwache Ansätze und Maßnahmen die eher zu einer Stagnation der Energiewende führen oder den Status-Quo verschleppen.
	5	Ungenügende Ansätze oder sogar konträre Maßnahmenvorschläge zur Energiewende
	NA	Es ist unklar, welche Maßnahmen geplant sind, da das Programm hierzu keine Aussagen macht

# Wahlprogramm-Check zur Bundestagswahl 2025 - Ergebnisse

Die Wahlprogramm-Analyse zur Energiewende anlässlich den Bundestagswahlen 2025 zeigt die energiepolitischen Stärken und Schwächen verschiedener Wahlprogramme auf. Das *Wahlprogramm der Grünen präsentiert die besten Ansätze in Bezug auf die Energiewende*, und erhält als einziges die Bewertung „sehr gut“. Weiterhin schneiden die Wahlprogramme der *Linken und der SPD gut* ab. Nur mit diesen drei Programmen wird die Energiewende umfassend adressiert, weitergeführt, oder sogar vorangetrieben. Das Programm der *Union ist nur befriedigend*, was die Energiewende nur teilweise adressiert. Die *FDP sowie das BSW* präsentieren *schwache* energiepolitische Ansätze, was zu einer Stagnation der Energiewende entspricht. Die *AfD beschreibt ungenügende und sogar konträre* Maßnahmen zur Energiewende, und spricht sich allgemein dafür aus, diese zu beenden. Eine Übersicht der Bewertungen ist in [Abbildung 3](#) zu finden.

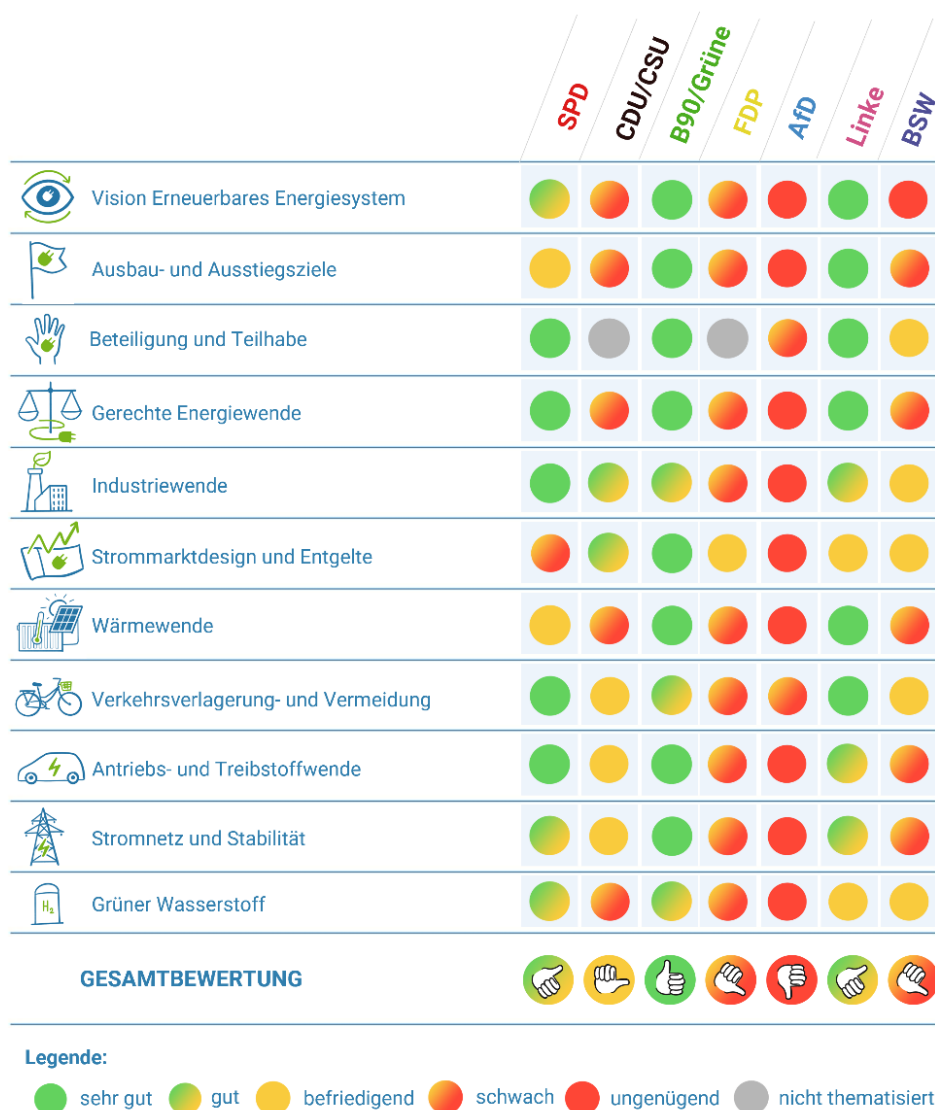


Abbildung 3. Gesamtüberblick über die einzelnen Parteien und ihr Abschneiden in den Bewertungskriterien.

**ENERGIEPOLITISCHE THEMENSETZUNG** Alle Parteien beschäftigen sich in ihren Wahlprogrammen mit den verschiedenen Aspekten der Energiewende, wobei *nicht alle Kriterien gleichermaßen adressiert* werden. Über die Programme hinweg zeigen sich sehr verschiedene Positionen zur *Vision* und den *Zielen* der Energiewende, wobei die Grünen und die Linken mit sehr guten Ansätzen hervorstechen. Die besten Ansätze werden für das Thema *Beteiligung und Teilhabe* sowie *Gerechte Energiewende* präsentiert, wobei hier insbesondere die Grünen, die Linken und die SPD sehr gute Ansätze beschreiben. Im Thema *Verkehrsvermeidung und -verlagerung* tun sich insbesondere die SPD und die Linke hervor. In der *Antriebs- und Treibstoffwende* haben SPD und Grüne die besten Maßnahmen. Das Thema *Wärmewende* wird in den Wahlprogrammen der Grünen und Linken sehr gut adressiert. Das Thema *Industriewende* wird am besten durch das Programm der SPD adressiert. Im Kriterium *Stromnetz und Stabilität* sowie *Flexibles Strommarktdesign und Entgelte* präsentiert nur das Programm der Grünen sehr gute Ansätze. Es gibt kein Programm, welches bezüglich des Themas *Grüner Wasserstoff* sehr gute Vorschläge macht.

**KURZZUSAMMENFASSUNG DER WAHLPROGRAMME** Im Folgenden werden die Wahlprogramme der Parteien kurz eingeordnet. Dabei stellen wir immer die Kategorien heraus, in denen die Parteien für sich gesehen besonders gut bzw. schlecht abschneiden. Eine ausführliche Beschreibung findet sich auf den folgenden Seiten.

Die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)* hat insgesamt ein gutes Wahlprogramm zur Energiewende. Sehr gute Bewertungen erzielt sie in den Bereichen Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Industriewende, Antriebs- und Treibstoffwende sowie Verkehrsvermeidung und Verlagerung. Die guten Ansätze zur Industriewende sind besonders hervorzuheben: es werden konkrete technische Ansätze formuliert (Wasserstoff in der Stahlindustrie), die mit entsprechenden Fördermaßnahmen (z.B. Klimaschutzverträge) untermauert sind. Durch weitere Instrumente wird drauf geachtet, dass es nicht zu einer Abwanderung der Industrie aus Deutschland kommt. Schwach ist das Programm im Bereich Strommarktdesign, und erreicht im Bereich Ausbau- und Ausstiegsziele sowie Wärmewende nur befriedigende Bewertungen.

Die *Union (CDU/CSU)* legt ein befriedigendes Programm zur Energiewende vor. Gute Ansätze bestehen im Bereich Industriewende und Strommarktdesign. Schwach präsentieren die Kriterien Gerechte Energiewende, Wärmewende und Grüner Wasserstoff. Dabei verfolgt die Union eine schwache energiepolitische Vision, in der zukunftsfähige Technologien im Ausbau kaum gefördert werden und fossile Energieproduktion im System gehalten wird.

Das *Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)* haben ein sehr gutes Wahlprogramm zur Energiewende. Die Partei präsentiert sehr gute Maßnahmen in den meisten Kriterien. Über alle Parteien hinweg erzielt die Partei im Bereich Flexibles Strommarktdesign sowie Stromnetz und Stabilität die beste Note, weil dynamische Stromtarife explizit als Instrument zur Systemstabilität genannt werden und sich die Grünen damit implizit vom traditionellen Kupferplattenideal abwenden und die Systemdienlichkeit flexibler Tarife anerkennen. Verbesserungsbedarf gibt es nur in den Bereichen Industriewende, Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie Grünem Wasserstoff. Die Vermeidung von Verkehr sowie die Verlagerung des Fernverkehrs finden im Programm nur wenig Berücksichtigung. Die Förderung von Grünem Wasserstoff bleibt wenig konkret und es fehlt der Fokus auf Schlüsselanwendungen.

Die *Freie Demokratische Partei (FDP)* hat ein schwaches Programm zur der Energiewende. In ihrer Vision der zukünftigen Wirtschaft werden Erneuerbare als Last gegenüber dem Wirtschaftsstandort Deutschland skizziert und an nuklearer und fossiler Energie festgehalten. Das am besten bewertete Kriterium Strommarktdesign zeigt nur befriedigende Ansätze. Alle restlichen Kriterien sind schwach, unter anderem auch die Industriewende, aufgrund derer sogar das Ziel der Klimaneutralität auf 2050 verschoben werden soll.

*Die Linke* präsentiert mit ihrem Wahlprogramm gute Ansätze zur Energiewende. Dabei präsentiert die Linke sowohl eine sehr gute Vision, als auch Ausbau- und Ausstiegsziele. Sie tut sich dabei mit einem modernen Verständnis der Notwendigkeit einer Verbrauchssenkung in den Sektoren hervor und sieht die Energiewende als Chance gesellschaftliche Ungerechtigkeit. Sehr gute Bewertungen erzielt das Programm außerdem in den Kriterien Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Wärmewende und Verkehrsvermeidung und -verlagerung. Im Bereich Gerechte Energiewende beschreibt die Linke im Parteienvergleich besonders gute Maßnahmen im Bereich Strukturwandel. Verbesserungsbedarf gibt es bei den Kriterien im Strommarktdesign (konkrete Konzepte für dynamische Strom- und Netzentgelttarife fehlen) und Grüner Wasserstoff (wenig konkret in Bezug auf Förderinstrumente und ein Infrastrukturausbau wird gar nicht erwähnt), deren Ansätze nur befriedigend sind.

Die *Alternative für Deutschland (AfD)* hat ein ungenügendes bis konträres Programm zur Energiewende. Die Transformation wird abgelehnt, und alle Kriterien sind schwach bis ungenügend. Sie bedienen sich dabei einer Anti-Energiewende-Polemik, die Errungenes wieder zurückbauen möchte und die zukünftige Wirtschaft trotz beschlossener Ausstiegsszenarien wieder an fossile Energien bindet.

Das *Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)* präsentiert ein schwaches Programm zur Energiewende. Die Bewertungen sind zumeist befriedigend bis schwach, wohingegen die Vision ungenügend ist. Obwohl das BSW zukunftsfähige Technologien dabei nicht grundsätzlich ablehnt oder zurückbauen möchte, stellt sie die Energiewende als überbeuerte Last da deren Umsetzung von niedriger Priorität ist.



# Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

*Die SPD hat insgesamt ein gutes Programm zur Energiewende.* Dabei präsentiert die SPD eine gute Vision von der Energiewende, untermauert diese aber nur mit befriedigenden Ausbau- und Ausstiegszielen. Dennoch erzielt das Programm sehr gute Bewertungen in den Bereichen Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Industriegewende, Antriebs- und Treibstoffwende sowie Verkehrsvermeidung und Verlagerung. Gute Positionen werden im Bereich Stromnetz und Stabilität sowie Grüner Wasserstoff beschrieben. Im Bereich Wärmewende sind die Ansätze nur befriedigend. Schwach ist das Programm im Bereich Strommarktdesign.

**VISION ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM** Das Programm stimmt einen positiven Ton gegenüber dem erneuerbaren Energiesystem der Zukunft an. Dabei stuft es die nachhaltige Transformation als Priorität ein, bindet dieses aber an wirtschaftliches Wachstum. Zukunftsfähige Technologien werden als umsetzbar und nötig anerkannt und mit Gerechtigkeitsaspekten kombiniert. Dies zeichnet ein überwiegend gutes Bild der erneuerbaren Zukunft.

**ERNEUERBARE AUSBAU- UND FOSSILE AUSSTIEGSZIELE** Das Programm bleibt bezüglich seiner Transformationsziele vage. Während es den Atomausstieg stärkt, lässt es klare Aussagen zum Kohle- und Gasausstieg vermissen. Es unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien, nennt aber weder konkrete Maßnahmen noch ambitionierte Ziele. Auch die Klimaziele werden zwar anerkannt, bleiben jedoch vage und ohne sektorale oder jährliche Vorgaben.

**BETEILIGUNG UND TEILHABE** Das Wahlprogramm beschreibt einen umfassenden Plan um die Öffentlichkeit an der Transformation zu beteiligen. Strukturell soll dies durch Bürgerforen und -räte umgesetzt werden. Zur persönlichen Teilhabe der Bürger:innen sollen dezentrale Energieerzeugung (Balkonkraftwerke), Energy Sharing und gemeinschaftliche Energieprojekte gefördert werden. Konkrete Maßnahmen beinhalten digitale Plattformen und Partizipationsprojekte und Flächenplanung für ein konfliktfreies Miteinander von Land- und Energiewirtschaft.

**GERECHTE ENERGIEWENDE** Das Wahlprogramm der SPD sieht soziale Gerechtigkeit im Kontext von Wirtschaftspolitik, Wachstum und Nachhaltigkeit. Dazu nennt die SPD auch Entlastungsmaßnahmen: Klimageld, gestaffelte Förderungen zum Umstieg auf klimafreundliche Technologien, Heiz-Mietmodelle und eine aufsuchende Beratung des Strom-Spar-Checks. Investitionen sollen durch Kredite, Deutschlandfonds und einer Reform der Schuldenbremse gestemmt werden. Der Strukturwandel wird durch Regionalförderung und den Just Transition Fund adressiert. International werden Just Energy Transition Partnerships sowie strategische Partnerschaften beim Ausbau von grünem Wasserstoff mit nachhaltigen Wertschöpfungsketten vor Ort unterstützt.

**UMBAU DER INDUSTRIE** Das Programm beschreibt in hohem Detailgrad und mit genügend Maßnahmenvorschlägen die Transformation der Industrie hin zur Klimaneutralität. Sowohl die technische Umsetzung, als auch die finanzielle Förderung werden hinreichend betrachtet, wobei darauf gedacht wird, dass eine Abwanderung der Industrie verhindert wird.

**FLEXIBLES STROMMARKTDESIGN UND ENTGELTE** Das Wahlprogramm thematisiert die Reform der Netzentgelte mit dem Ziel, die hohen Übertragungsnetzentgelte insbesondere in Nord- und Ostdeutschland zu deckeln. Der Fokus liegt dabei auf der Senkung der Strompreise, während ein umfassendes, flexibles Strommarktdesign mit dynamischen Strom- und Netzentgelten nicht behandelt wird. Damit fehlt eine weitergehende Auseinandersetzung mit Flexibilitätsmechanismen, die für eine effiziente Integration erneuerbarer Energien erforderlich wären.

**WÄRMEWENDE** Das Wahlprogramm enthält mittelmäßige Vorschläge zur Wärmewende. Es unterstützt den Verzicht auf russisches Gas, vermeidet aber ein klares Bekenntnis zum fossilen Ausstieg in der Wärmeproduktion. Es setzt vermehrt auf Fernwärme, dessen Netzausbau durch einen Deutschlandfonds finanziert werden soll, macht jedoch keine Dekarbonisierungsvorschläge. Im Gebäudesektor bleibt das Programm vage und bevorzugt Neubauten mit niedrigen Standards. Positiv sind Heiz-Mietmodelle für sozialverträgliches Wärmepumpen-Leasing und eine Preisaufsicht für Fernwärme. Ambitionierte Pläne für die kommunale Wärmeplanung sollen durch Finanzierungsvereinbarungen und staatliche Förderungen flächendeckend umgesetzt werden.

**VERKEHRSVERMEIDUNG UND -VERLAGERUNG** Bei der Verkehrsverlagerung setzt das Wahlprogramm auf eine umfassende Strategie, mit welcher Wege vermieden und Fuß- und Fahrradverkehr, sowie der öffentliche Personennah- und Fernverkehr gestärkt werden sollen. Dabei spricht sie sich für eine Gleichberechtigung der Verkehrsteilnehmenden aus. Der Güterverkehr soll von der Straße auf Schiene und Wasserwege verlagert werden. Zu den geforderten Maßnahmen gehören bspw. eine Verbesserung der Nahversorgung im städtischen und ländlichen Raum sowie der Ausbau der Fahrradinfrastruktur mit bundesweiten Radschnellwegen und Fahrradparkhäusern. Das Schienennetz soll saniert und ausgebaut, die Taktung im ÖPNV erhöht und das Deutschlandticket dauerhaft angeboten werden. Die Partei spricht sich außerdem für ein Tempolimit von 130 km/h auf Bundesautobahnen aus.

**ANTRIEBS- UND TREIBSTOFFWENDE** Bei der Antriebs- und Treibstoffwende bekennt sich das Wahlprogramm klar zur klimaneutralen Mobilität und sieht die Elektromobilität als zentrale Technologie für Pkw sowie Lkw und Nahverkehrsbusse. Im Luft- und Schiffsverkehr werden nachhaltige Kraftstoffe wie E-Fuels unterstützt. Die Partei nennt viele konkrete Ideen, mit welchen diese Zielvision unterstützt wird. So soll beispielsweise mit Schnellladesäulen an allen Tankstellen und Supermarktparkplätzen der Ausbau der Ladeinfrastruktur flächendeckend vorangetrieben werden. Einheitliche Bezahlssysteme sollen das Laden vereinfachen. Zudem werden gezielte Kaufanreize für E-Autos geschaffen, insbesondere für Haushalte mit niedrigem Einkommen sowie für gewerblich genutzte Fahrzeuge. Klimafreundliche Lkw und Busse sollen gezielt gefördert werden.

**STROMNETZ UND STABILITÄT** Das Wahlprogramm setzt auf eine stabile Stromversorgung durch den Ausbau der Netzinfrastruktur, wobei die Finanzierung als zentrale Herausforderung anerkannt wird. Während die dezentrale Energieversorgung durch Bürgerprojekte wie Balkonkraftwerke und Bürgerwindparks konkret thematisiert wird, bleibt unklar, inwieweit Speicherkapazitäten über Wasserstoffreserven und Autobatterien hinausgehen. Digitalisierung wird nur allgemein erwähnt, ohne explizite Bezüge zu intelligenten Stromnetzen oder Smart Metering. Positiv ist die Berücksichtigung von sektorenübergreifenden Vorgaben für den Schutz kritischer Infrastrukturen. Insgesamt bietet das Programm konkrete, aber wenig ambitionierte Vorschläge.

**FÖRDERUNG VON GRÜNEM WASSERSTOFF** Ein klares Bekenntnis zu Wasserstoff als Teil der Energiewende ist erkennbar, während grüner Wasserstoff kaum betont wird. Die Infrastruktur wird umfassend betrachtet, doch bei Schlüsselanwendungen bestehen Lücken: Grüner Stahl wird genannt, der Langstreckenverkehr und saisonaler Ausgleich jedoch nicht. Die finanzielle Förderung bleibt vage und fokussiert sich nur auf das Wasserstoffnetz, ohne den Hochlauf von Elektrolyseuren gezielt zu unterstützen. Insgesamt gibt es ambitionierte Ansätze, aber Defizite bei Förderung und Schlüsselanwendungen.



## Unionsparteien (CDU/CSU)

*Die Union hat insgesamt ein befriedigendes Programm zur Energiewende.* Tonangebend sind jedoch eine schwache Vision und Ausbau- und Ausstiegsziele. Es zeigen sich gute Ansätze im Bereich Industriegewende und Strommarktdesign. Das Wahlprogramm ist befriedigend in den Kriterien Stromnetz und Stabilität, Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie Antriebs- und Treibstoffwende. Schwach präsentieren sich die Maßnahmen im Bereich Gerechte Energiewende, Wärmewende und Grüner Wasserstoff. Im Programm finden sich keine Ansätze zu Beteiligung und Teilhabe an der Energiewende.

**VISION ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM** Dieses Wahlprogramm verfolgt geradewegs ein "weiter-so" bezüglich der erneuerbaren Transformation. Während einige zukunftsfähige Technologien gefördert werden sollen, um ein erneuerbares Netz zu schaffen, wird keine Vision einer nachhaltigen Wirtschaft beschrieben, in der die Energiewende von Vorteil sein wird. Ein holistisches Verständnis der Transformation wird nicht gezeichnet und nachhaltige Politik für einen ausgeglichenen Wohlstand weicht dem Gesetz der Marktmechanismen.

**ERNEUERBARE AUSBAU- UND FOSSILE AUSSTIEGSZIELE** Das Programm enthält unzureichende Transformationsziele. Der Ausbau erneuerbarer Energien wird zwar unterstützt, jedoch ohne klare Maßnahmen und staatliche Förderung. Statt eines konsequenten fossilen Ausstiegs setzt sie auf Emissionshandel, technologieoffene Märkte und Investitionen in Kernenergie, inklusive der möglichen Wiederaufnahme abgeschalteter Reaktoren. Damit wird die Energiewende nicht vorangetrieben, sondern fossile und nukleare Optionen im System erhalten.

**BETEILIGUNG UND TEILHABE** Im Wahlprogramm beschreibt die Union keine Maßnahmen zur Beteiligung und Teilhabe der Öffentlichkeit an der Energiewende.

**GERECHTE ENERGIEWENDE** In ihrem Wahlprogramm bekennt sich die Union zum Gleichgewicht zwischen Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und Wohlstand, und plädiert für internationalen Klimaschutz in Einklang mit Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Tragfähigkeit. Günstiger Strom soll durch eine Senkung der Energiesteuern erreicht werden, und die CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch einen Klimabonus ausgeglichen. Eine allgemeine Abzugsfähigkeit von energetischen Sanierungen von der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie die Ablehnung von Strompreiszonen können als kontraproduktiv gewertet werden. Die Schuldenbremse soll beibehalten werden, um folgende Generationen nicht zu belasten, wobei Finanzierungspläne für die Transformation fehlen. Der Strukturwandel als solches wird nicht angesprochen. Die Partei beschreibt kein globales Gerechtigkeitsverständnis.

**UMBAU DER INDUSTRIE** Ein Bekenntnis zur Transformation der Industrie hin zur Klimaneutralität wird unter der Prämisse, den Industriestandort Deutschland nicht zu gefährden, gemacht und wird durch Fördermaßnahmen unterstützt. Es fehlen entscheidende technologische Ansätze und die Einordnung von CCS/CCU für die Industrietransformation ist nicht vollständig.

**FLEXIBLES STROMMARKTDESIGN UND ENTGELTE** Das Wahlprogramm setzt auf eine Senkung der Strompreise und Netzentgelte. Strompreiszonen werden abgelehnt. Ein neues Strommarktdesign soll Investitionen absichern und Preisstabilität gewährleisten. Durch Smart Meter und Digitalisierung sollen Verbraucher flexibler auf Strompreise reagieren können, um Verbrauch und Kosten zu senken. Zudem wird die Weiterentwicklung der Terminmärkte angestrebt. Insgesamt enthält das Programm fortschrittliche Ansätze, bleibt jedoch vage in der konkreten Umsetzung eines flexiblen Strommarktdesigns.

**WÄRMEWENDE** Die Union beschreibt in ihrem Wahlprogramm unzureichende Vorschläge bezüglich der Wärmewende. Sie erkennt den steigenden Energiebedarf, setzt aber auf alternative Gase und emissionsarme Heizungen wie Holz und Biomethan statt erneuerbarer Wärme. Ein fossiler Ausstieg fehlt. Sanierungen sollen steuerlich gefördert werden, doch der Fokus liegt auf Neubauten und einem Baukostenmoratorium. Soziale Entlastungen sind durch CO<sub>2</sub>-Ausgleich und Steuervorteile geplant, weitere Maßnahmen fehlen. Das Gebäudeenergiegesetz soll abgeschafft werden.

**VERKEHRSVERMEIDUNG UND -VERLAGERUNG** Im Wahlprogramm spricht sich die Union auf für das Auto, frei wählbare Mobilität und eine barrierefreie Verknüpfung von Individualverkehr und ÖPNV. Sie lehnt Fahrverbote für Innenstädte und ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ab. Sie fordert jedoch auch für eine gute Nahversorgung im ländlichen und städtischen Raum und nennt umfangreiche Maßnahmen für eine Verkehrsverlagerung. So befürwortet sie neue Radwege, Mobilstationen, "Shared Mobility" und den Ausbau des ÖPNVs, mit einem attraktiven Angebot in Stadt und Land. Im Fernverkehr soll die grenzüberschreitende Infrastruktur ausgebaut werden. Der Güterverkehr soll auf Schiene und Wasserstraßen verlagert werden.

**ANTRIEBS- UND TREIBSTOFFWENDE** In Bezug auf die Antriebs- und Treibstoffwende steht das Wahlprogramm für Technologieoffenheit: Die Elektromobilität wird nicht gegenüber anderen Technologien präferiert und alle klimafreundlichen Antriebstechnologien und Treibstoffe sollen genutzt werden. Die Rücknahme des Verbrennerverbots, eine Überprüfung der Flottengrenzwerte und eine Verhinderung von Strafzahlungen wird gefordert. Dennoch ist das Ziel eines umweltfreundlicheren Verkehrssektors erkennbar. So unterstützt das Wahlprogramm neben der Nutzung klimafreundlicher Kraftstoffe den Ausbau der Ladeinfrastruktur und spricht sich für einen emissionsfreien Lastenverkehr aus.

**STROMNETZ UND STABILITÄT** Das Wahlprogramm legt einen klaren Fokus auf den Netzausbau und die Sicherstellung der Versorgungssicherheit durch eine Kombination verschiedener Energieträger, darunter Erneuerbare, Gas und Kernkraft. Speichertechnologien werden als wichtiger Bestandteil des Energiesystems betrachtet. Zudem werden Flexibilitätsoptionen wie Smart Meter und Digitalisierung zur besseren Lastverteilung hervorgehoben, um die Systemdienlichkeit zu verbessern. Auch ein Kapazitätsmarkt wird angestrebt. Insgesamt verfolgt das Programm ambitionierte Ansätze zur Stabilität des Stromsystems, jedoch nicht ausschließlich auf Basis erneuerbarer Energien.

**FÖRDERUNG VON GRÜNEM WASSERSTOFF** Förderung von Grünem Wasserstoff Das Wasserstoffthema wird nicht hinreichend genau betrachtet. Ausschließlich die Betrachtung der Wasserstoffinfrastruktur erfüllt die wichtigsten Ansprüche und Kriterien. Weder wird die Produktion von grünem Wasserstoff forciert, noch ist eine dezidierte Anwendung für Industrie, Langstreckenverkehr und saisonalem Ausgleich beschrieben. Vorschläge für finanzielle Förderung fehlen.

## Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)

*Die Grünen haben insgesamt ein sehr gutes Wahlprogramm zur Energiewende.* Dabei beschreiben sie sowohl eine sehr gute Vision sowie sehr gute Ausbau- und Ausstiegsziele. Die Partei präsentiert sehr gute Maßnahmen in den Kriterien Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Strommarktdesign, Wärmewende, Antriebs- und Treibstoffwende, sowie Stromnetz und Stabilität. In den Kriterien Industriegewende, Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie Grünem Wasserstoff präsentiert das Wahlprogramm gute Ansätze.

**VISION ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM** Das Wahlprogramm zeugt von einer positiven Vision der Energiewende. Dabei wird eine Wirtschaft der Zukunft beschrieben, in der nachhaltige Politik einen vom Wachstum unabhängigen Wohlstand ermöglicht. Dafür werden zukunftsfähige Technologien besonders priorisiert.

**ERNEUERBARE AUSBAU- UND FOSSILE AUSSTIEGSZIELE** Dieses Wahlprogramm setzt sich für den vollständigen Ausstieg aus Kohle, Gas und Atom ein und plant den verbindlichen Kohleausstieg bis auf 2030 vorzuziehen. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ambitioniert, mit klaren Ausbau- und Erzeugungszielen. Die Klimaziele und Transformationsziele sind ehrgeizig, ergänzt durch verbindliche Vorgaben und Zwischenziele.

**BETEILIGUNG UND TEILHABE** Das Wahlprogramm bekennt sich dazu, die aktive Beteiligung von Bürgern auch als Gerechtigkeitsfrage mit Hinblick auf ihre persönlichen Umstände zu sehen. Strukturell sollen daher Bürgerinitiativen, die betriebliche Mitbestimmung und Beteiligungsgremien wie Kinder- und Jugendparlamente gestärkt werden. Für die individuelle Teilhabe sollen die Bedingungen für Energy Sharing, gemeinschaftliche Energieprojekte und freiwilliges Engagement für sozial Benachteiligte verbessert werden. Konkrete Maßnahmen bestehen aus einem Ausbau der kommunalen Förderdatenbank zu Transparenzzwecken, ein Bundespartizipationsgesetz, verbesserte finanzielle Teilhabe von Kommunen und dynamischen Stromtarifen für Verbraucher.

**GERECHTE ENERGIEWENDE** Der Weg zur Klimaneutralität wird als Weg zu einer gerechteren Gesellschaft beschrieben. Bezahlbarkeit der Mobilität soll durch ein günstiges Deutschlandticket und sozial ausgewogene Kauf- und Leasinganreize für Elektromobilität erreicht werden. Im Strom- und Wärmebereich sollen ein gestaffeltes Klimageld, Energieberatung, sozial gestaffelte Förder- und Leasing Programme, sowie Mieterschutz und Schutz vor Wärme- und Stromsperren für Entlastung sorgen. Investitionen sollen durch eine Reform der Schuldenbremse, Kreditaufnahme und Abbau von klima- und umweltschädlichen Subventionen ermöglicht werden. International sollen strukturelle Ungerechtigkeiten abgebaut und vom Klimawandel betroffene Staaten unterstützt werden. Für Partnerschaften gelten hohe Standards an Gerechtigkeit, Naturschutz, Klimaschutz und Menschenrechte.

**UMBAU DER INDUSTRIE** Das Programm beschreibt detaillierte Transformationsansätze zu einer klimaneutralen Industrie, untermauert die Ziele mit sehr konkreten Maßnahmen und skizziert wichtige, technologischen Ansätze. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie soll erhalten bleiben, wobei jedoch nur eine Maßnahme hierzu genannt wird. Die Rolle von Strom und Wasserstoff in der Industrietransformation wird nicht im Detail erwähnt.

**FLEXIBLES STROMMARKTDESIGN UND ENTGELTE** Das Wahlprogramm zeigt ein klares Bekenntnis zur Reform des Strommarktes und zur Nutzung von Flexibilitäten der Erneuerbaren. Die Bedeutung digitalisierter und flexibler Stromnetze wird betont. Dynamische Stromtarife werden explizit als Instrument zur Systemstabilität genannt, wobei sich die Partei implizit vom traditionellen Kupferplattenideal abwendet und die Systemdienlichkeit flexibler Tarife anerkennt. Insgesamt enthält das Wahlprogramm ambitionierte Vorschläge für ein flexibles Strommarktdesign.

**WÄRMEWENDE** Das Wahlprogramm verfolgt ambitionierte Ziele für die Wärmewende und fördert sie durch sehr gute Ansätze. Es setzt auf den fossilen Ausstieg und fördert erneuerbare Technologien wie Geothermie, Bioenergie, PV, Wind und Wärmenetze. Sanierungen sollen durch Kredite und weniger Bürokratie erleichtert werden. Das Gebäudeenergiegesetz wird unterstützt, und die Förderung von fossilfreien Heizungen auf 70% erhöht. Sozial gerecht soll die Wärmewende durch Schutz vor Energiesperren, mehr Wettbewerb bei Wärmepreisen und finanzielle Förderung von Heizungswechseln und Dämmung werden. Eine Preisaufsicht soll Fernwärmepreise regulieren. Zudem adressiert das Programm die Sektorenkopplung mit flexiblen Stromtarifen.

**VERKEHRSVERMEIDUNG UND -VERLAGERUNG** In Bezug auf die Verkehrsvermeidung und -verlagerung nennt das Wahlprogramm viele konkrete Maßnahmen und unterstreicht die Wichtigkeit einer guten und erreichbaren medizinischen Versorgung. Der Radverkehr soll gestärkt und der ÖPNV so entwickelt werden, dass er auch im ländlichen Raum zu einer Alternative zum Auto wird. Bis 2040 sollen die Fahrgastzahlen in klimaneutralen Bussen und Bahnen verdoppelt werden. Der Güterverkehr soll von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Laut Wahlprogramm wollen die Grünen, neben der Sicherstellung eines Deutschlandtickets für 49 €, weitere Vergünstigungen im ÖPNV anbieten und den Deutschlandtakt forcieren. Ein bundesweites Netz von Schnellradwegen und der Ausbau des Schienennetzes soll finanziert werden. Auf Autobahnen soll ein Tempolimit von 130 km/h eingeführt werden.

**ANTRIEBS- UND TREIBSTOFFWENDE** Bei der Antriebs- und Treibstoffwende setzt das Wahlprogramm auf klimafreundliche E-Mobilität. Es unterstützt den Ausbau von Ladeinfrastruktur sowie staatliche Zuschüsse beim Kauf von E-Autos, insbesondere für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen. Für Klimaneutralität im Luft- und Schiffsverkehr sollen nachhaltige Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien zum Einsatz kommen. Entsprechend wird deren Produktion und der zügige Aufbau einer klimaneutralen Energieversorgung in Häfen unterstützt.

**STROMNETZ UND STABILITÄT** Das Wahlprogramm legt großen Wert auf die Stabilität des Stromnetzes. Die Versorgungssicherheit soll durch den gezielten Ausbau der erneuerbaren Infrastruktur sowie den Einsatz von Energiespeichern gewährleistet werden. Dezentralität wird betont, unter anderem durch das Konzept des Energy Sharings, das kommunales Teilen von Strom ermöglicht. Zudem wird die Digitalisierung des Energiesektors adressiert, wobei systemdienliche dynamische Stromtarife als Instrument hervorgehoben werden. Der Schutz kritischer Infrastrukturen, insbesondere der Stromnetze, wird ebenfalls berücksichtigt. Insgesamt präsentiert das Wahlprogramm einen umfassenden Ansatz zur Stabilität des Stromsystems auf Basis erneuerbarer Energien.

**FÖRDERUNG VON GRÜNEM WASSERSTOFF** Ein klares Bekenntnis zu Wasserstoff als Teil der Energiewende ist erkennbar, insbesondere zur lokalen Erzeugung von grünem Wasserstoff in Deutschland. Während der Ausbau des Wasserstoffnetzes und die Einbindung von Importquellen eine konsistente Infrastrukturstrategie nahelegen, fehlt eine klare Fokussierung auf relevante Schlüsselanwendungen. Die Erwähnung wasserstofffähiger Kraftwerke deutet auf eine Nutzung zur Deckung von Erzeugungsschwankungen hin, jedoch ohne explizite Nennung weiterer zentraler Einsatzbereiche. Die finanzielle Förderung wird betont, bleibt jedoch ohne konkrete Maßnahmen. Insgesamt gibt es vielversprechende Ansätze, doch eine klarere Definition von Anwendungsbereichen und präzisere Förderstrategien wären erforderlich.

# Freie Demokratische Partei (FDP)

*Die FDP hat insgesamt ein schwaches Wahlprogramm hinsichtlich der Energiewende.* Die Vision der Energiewende sowie die verfolgten Ausbau- und Ausstiegsziele erweisen sich als schwach. Das am besten bewertete Kriterium des Strommarktdesigns zeigt nur befriedigende Ansätze. Schwach sind die restlichen Bereiche: Gerechte Energiewende, Industriegewende, Wärmewende, Verkehrsvermeidung und -verlagerung, sowie Antriebs- und Treibstoffwende, Stromnetz und Stabilität und Förderung von Grünem Wasserstoff. Im Bereich Beteiligung und Teilhabe werden keine Ansätze präsentiert.

**VISION ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM** Die Vision des Wahlprogramms der FDP zeugt nicht von einem positiven Verständnis der Energiewende und sieht die Transformation in eine nachhaltige Wirtschaft eher als Last, statt als Chance. Dabei wird sie dem Ziel eine "führende Wirtschaftsnation" zu werden untergeordnet, aber nicht gestoppt. Während zukunftsorientierte Technologien gefördert werden, bleiben fossile Energien und Kernkraft ein zentraler Bestandteil ihrer Strategie.

**ERNEUERBARE AUSBAU- UND FOSSILE AUSSTIEGSZIELE** Das Wahlprogramm lehnt einen Kohleausstieg vor 2038 ab, plant den Bau neuer Gaskraftwerke und den Beginn der Gasförderung innerhalb Deutschlands. Investitionen und rechtliche Rahmenbedingungen für Kern- und Fusionsenergie sollen geschaffen werden. Die Förderung erneuerbarer Energien aus staatlicher Hand soll eingestellt und durch Marktfinanzierung ersetzt werden. Ihr Ausbau soll demnach nur unter der Voraussetzung ausreichender Speicher- und Netzkapazitäten erfolgen. Klimaziele, das Pariser Abkommen und das Negativemissionsziel sollen zukünftig an einen globalen CO<sub>2</sub>-Preis sowie CCS/CCU gebunden werden, während das Ziel der Klimaneutralität im Namen der Wettbewerbsfähigkeit von 2045 auf 2050 nach hinten verschoben werden soll.

**BETEILIGUNG UND TEILHABE** Das Programm beschreibt keine Maßnahmen zur Beteiligung und Teilhabe der Öffentlichkeit an der Energiewende.

**GERECHTE ENERGIEWENDE** Die FDP beschreibt in ihrem Wahlprogramm, Wohlstand und Aufstiegschancen für alle ermöglichen und durch Wachstum Verteilungskämpfe vermeiden zu wollen. Wohnen, Energiepreise und Mobilität sollen durch Senkung der Energiesteuern und eine Klimadividende bezahlbar gemacht werden. Es kann angezweifelt werden, ob eine Lockerung der Kappungsgrenzen bei der energetischen Sanierung und ein Ersetzen der Einzelfallbewertungen zu Miet- und Heizkosten durch regionale Pauschalmaßnahmen sind, die Förderungen und Belastungen gerecht verteilen. Eine Einhaltung der Schuldenbremse wird als Generationengerechtigkeit beschrieben, während der Abbau von „Subventionen für Wenige“ und ein balancierter Staatshaushalt als Finanzierungskonzept ausgewiesen werden. Der Strukturwandel wird als solches nicht benannt, könnte aber durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und Steuersenkungen für Unternehmen in Ostdeutschland indirekt adressiert werden. Das Wahlprogramm spricht sich, ohne globale Gerechtigkeit zu adressieren, für eine Balance zwischen wertegeleiteter Außenpolitik und interessensorientierten Ansatz aus. Partnerschaften im Bereich grüne Technologien werden unterstützt, ohne Bedingungen zu nennen.

**UMBAU DER INDUSTRIE** Die Transformation zur klimaneutralen Industrie soll angegangen und ihre Wettbewerbsfähigkeit durch konkrete Maßnahmen sichergestellt werden. Allerdings wird der Zeitrahmen nach hinten verschoben und es fehlt der Fokus auf einige der wichtigsten Technologien und Energieträger, die zur Transformation notwendig sind. Die Finanzierungsinstrumente bleiben unzureichend, da grüne Leitmärkte nicht etabliert oder Klimaschutzverträge nicht gefördert werden sollen.



**FLEXIBLES STROMMARKTDESIGN UND ENTGELTE** Hier setzt das Wahlprogramm auf eine Senkung der Stromsteuer und eine Reform der Netzentgelte, bei der dynamische Netzentgelte vorgesehen sind. Allerdings bleiben die Vorschläge vage und ohne klare Umsetzungsstrategien.

**WÄRMEWENDE** Das Programm bietet unzureichende Vorschläge zur Wärmewende. Es setzt auf Holz und Biomethan statt erneuerbarer Wärmeträger und plant keinen aktiven Ausstieg aus fossilen Heizungen, sondern setzt auf steigende CO<sub>2</sub>-Preise. Mietende, ein Großteil der deutschen Bevölkerung, könnten besonders getroffen werden durch die Einführung einer Heizkostenpauschale und einer Erhöhung der Modernisierungsumlage. Sanierungsmaßnahmen bleiben vage, stattdessen wird auf Neubauten mit niedrigen Gebäudestandards gesetzt. Das Gebäudeenergiegesetz soll nicht verlängert, aber bis zum Ablauf beibehalten werden.

**VERKEHRSVERMEIDUNG UND -VERLAGERUNG** Die FDP möchte "das automobilen Kulturgut stärken und auch für die Zukunft sichern". Das Wahlprogramm spricht sich für individuelle und bezahlbare Mobilität, welche um einen funktionierenden ÖPNV ergänzt werden soll, sowie für eine gute Nahversorgung im ländlichen und städtischen Raum aus. Das Zusammenspiel verschiedener Verkehrsmittel sieht das Programm als "Schlüssel zu einer modernen und flexiblen Mobilität". Digitale Vernetzung und "Mobility Hubs" sollen nahtlose Mobilitätsketten schaffen, der Ausbau von Straßen, Schienen- und Wasserwegen soll beschleunigt werden. Durch mehr Wettbewerb im Fernverkehr (Schiene und Luft) soll das Angebot erweitert und verbessert werden. Damit Flugreisen bezahlbar bleiben, soll die Luftverkehrssteuer gestrichen und Luftsicherheitsgebühren gesenkt werden. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen wird abgelehnt und die Kosten für den Führerschein und die Berufskraftfahrerqualifikation sollen gesenkt werden. Insgesamt soll mit Blick auf die Verkehrsvermeidung und -verlagerung damit am Status Quo festgehalten werden.

**ANTRIEBS- UND TREIBSTOFFWENDE** Das Wahlprogramm spricht sich für Technologieneutralität aus. Das Verbrennerverbot soll aufgehoben und alternative Kraftstoffe ermöglicht werden, welche auch im Flug- und Schiffsverkehr zum Einsatz kommen sollen. Die Elektromobilität, klimaneutrale Kraftstoffe und Wasserstoff sollen in Bezug auf Regulatorik, Besteuerung und Förderung gleichgestellt werden. Emissionsvorgaben für Autos sollen überarbeitet und EU-Flottengrenzwerte abgeschafft werden. Damit scheint die FDP laut Wahlprogramm mit Blick auf die Antriebs- und Treibstoffwende insgesamt am Status Quo festhalten zu wollen.

**STROMNETZ UND STABILITÄT** Das Wahlprogramm legt keinen expliziten Fokus auf Netzstabilität, setzt jedoch stark auf den Netzausbau. Ein Kapazitätsmarkt wird vorgesehen, und dynamische Netzentgelte werden thematisiert. Die Versorgungssicherheit soll nicht ausschließlich auf erneuerbaren Energien basieren.

**FÖRDERUNG VON GRÜNEM WASSERSTOFF** Die Betrachtung des Themas Wasserstoff ist unzureichend im Programm abgebildet. Es lässt sich erkennen, dass Wasserstoff Teil eines zukünftigen Energiesystems sein soll - allerdings an den falschen Stellen und ohne konkrete Förderung und Konzept.

# Alternative für Deutschland (AfD)

*Die AfD hat insgesamt ein ungenügendes bis konträres Programm zur Energiewende.* Sowohl Vision als auch Ausbau- und Ausstiegsziele sind ungenügend, da die Transformation als solche abgelehnt wird. Schwache Ansätze werden in den Kriterien Beteiligung und Teilhabe sowie Verkehrsvermeidung und -verlagerung präsentiert. Ungenügend sind die restlichen Bereiche: Gerechte Energiewende, Industriegewende, Strommarktdesign, Wärmewende, Antriebs- und Treibstoffwende, Stromnetz und Stabilität, sowie Grüner Wasserstoff.

**VISION ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM** Dieses Wahlprogramm zeichnet ein eindeutig negatives Bild der Energiewende. Zum Schutze der Marktwirtschaft sollen Transformationspläne umgekehrt und das erneuerbare Energiesystem zurückgebaut werden. Eine nachhaltige Wirtschaft wird nicht als erstrebenswert bewertet, sondern fossile Produktionsweisen priorisiert.

**ERNEUERBARE AUSBAU- UND FOSSILE AUSSTIEGSZIELE** Das Programm lehnt jegliche Ausstiege aus den fossilen Energien ab, möchte die Atomkraft wider wissenschaftlicher Kostenrechnungen wieder hochfahren und spricht sich gegen den Ausbau von Erneuerbaren aus. Zudem plant sie den Austritt aus dem Pariser Abkommen, wodurch sie sich klar gegen internationale Klimaschutzverpflichtungen stellt.

**BETEILIGUNG UND TEILHABE** Das Wahlprogramm präsentiert ein gemischtes Bild im Hinblick auf Beteiligung und Teilhabe der Öffentlichkeit in der Energiewende. Während ein klares Bekenntnis hierzu fehlt, werden im allgemeinen Formate wie Volkssentscheide und -abstimmungen sowie Gesetzesinitiativen aus der Bevölkerung befürwortet. Eine Teilhabe auf individueller Ebene bleibt aus, mit dem einzigen konkreten Vorschlag, Energieerzeugung zum Eigenverbrauch steuer- und abgabenfrei zu halten. Dem gegenüber stehen konkrete Maßnahmen die einer Öffentlichkeitsbeteiligung entgegenstehen: Eine Streichung der Finanzierung für Faktenprüfer sowie die Forderung, dass kein politischer Einfluss von Nichtregierungsorganisationen und Bürgerräten auf die staatliche Willensbildung ausgehen dürfe. Insgesamt wird das Kriterium daher mit schwach bewertet.

**GERECHTE ENERGIEWENDE** Im Wahlprogramm zweifelt die Partei den menschengemachten Klimawandel an, und lehnt dementsprechend die Transformation als solche ab, was zukünftige Generationen im Bezug auf den Klimawandel gefährdet. Kontraproduktive Maßnahmen umfassen im Speziellen den Abbau der "Ausgaben für Klimarettung" und der Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen. Die Bezahlbarkeit von Mobilität soll durch eine Reduzierung der Energiesteuern gewährleistet werden. Da die Partei im Wahlprogramm grundsätzlich die Transformation ablehnt, werden keine Finanzierungspläne genannt, wobei generell die Schuldenbremse eingehalten und die Besteuerung reduziert werden soll. Im internationalen Bereich lehnt die Partei Gerechtigkeitskonzepte ab, und unterstreicht eine Außenpolitik nach deutschen Wirtschaftsinteressen.

**UMBAU DER INDUSTRIE** Das Programm lehnt Klimaschutz vollständig ab und sieht diesen als Ursache für eine vermeindliche "Deindustrialisierung". Eine Transformation der Industrie hin zu Klimaneutralität soll verhindert werden. Recyclingtechnologien werden zwar als notwendig erkannt, jedoch nicht weiter forciert. Es existieren keine Förderprogramme zur Transformation der Industrie.

**FLEXIBLES STROMMARKTDESIGN UND ENTGELTE** Das Wahlprogramm fokussiert sich auf die Reduzierung der Strompreise und Netzentgelte, ohne dabei auf ein flexibles Strommarktdesign oder dynamische Netzentgelte einzugehen. Insgesamt bleibt das Programm in diesem Bereich wenig ambitioniert.

**WÄRMEWENDE** Das Parteiprogramm der AfD weist Ansätze auf, die für die Wärmewende stark schädlich wären. Das Programm möchte nicht nur das Gebäudeenergiegesetz abschaffen, es möchte auch die Förderung erneuerbare Heizsysteme beenden und Gebäudestandards abbauen. Darüber hinaus hält es an einer gasgeleiteten Wärmeproduktion fest. Gerechtigkeitsaspekte der Preisentwicklung von Wärme berücksichtigt die Partei ebenso wenig wie die steigende Sektorenkopplung.

**VERKEHRSVERMEIDUNG UND -VERLAGERUNG** Mit Blick auf die Verkehrsvermeidung und -verlagerung ist das Wahlprogramm eindeutig: Sie "unterstützt und fördert den motorisierten Individualverkehr". So lehnt sie ein generelles Tempolimit auf Bundesautobahnen ab und möchte begleitetes Fahren bereits ab einem Alter von 16 Jahren ermöglichen. Sie spricht sich jedoch auch für den Ausbau des ÖPNVs - auch im ländlichen Raum - und die Verlagerung des Güterverkehrs auf Schienen- und Wasserwege aus. Dafür unterstützt sie den Ausbau des Schienennetzes und die Verdichtung des Netzes an multimodalen Güterverkehrszentren. Insgesamt geht aus dem Programm damit ein Festhalten am Status Quo hervor.

**ANTRIEBS- UND TREIBSTOFFWENDE** Bei der Antriebs- und Treibstoffwende spricht sich das Wahlprogramm für Technologieoffenheit und gegen eine Bevorzugung der Elektromobilität aus. Sie fordert die Aufhebung des Verbrennerverbots und den Finanzierungsstopp für Ladeinfrastruktur aus öffentlichen Mitteln. Sofern von der bestehenden EU-CO<sub>2</sub>-Reduktionsgesetzgebung im Verkehrssektor nicht abgerückt werden kann, fordert sie die Berücksichtigung synthetischer Kraftstoffe für Verbrennungsmotoren.

**STROMNETZ UND STABILITÄT** Das Wahlprogramm setzt auf einen „ausgewogenen“ Energiemix, einschließlich Kernkraft, und zweifelt eine Versorgungssicherheit ausschließlich auf Basis erneuerbarer Energien an und lehnt sie ab. Neben dem Leitungsausbau fehlen jedoch weiterführende konstruktive Vorschläge zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Batteriespeicher werden aufgrund hoher Kosten nicht als Lösung anerkannt. Der Schutz kritischer Infrastruktur wird betont. Insgesamt bietet das Programm wenig ambitionierte Ansätze zur Systemstabilität.

**FÖRDERUNG VON GRÜNEM WASSERSTOFF** Der Einsatz von grünem Wasserstoff als Teil der Energiewende soll verhindert werden oder wird als nicht notwendig erachtet. Es wird als teuer und nicht wettbewerbsfähig eingeschätzt, was auch nicht durch finanzielle Förderung ausgeglichen werden soll. Es erfolgt keine Erläuterung dazu, wie Schlüsselanwendungen ohne grünen Wasserstoff dekarbonisiert werden sollen.



## Die Linke (Linke)

*Die Linke hat insgesamt ein gutes Programm zur Energiewende.* Dabei präsentiert die Linke sowohl sehr gute Vision als auch Ausbau- und Ausstiegsziele. Sehr gute Bewertungen erzielt das Programm außerdem in den Kriterien Beteiligung und Teilhabe, Gerechte Energiewende, Wärmewende und Verkehrsvermeidung und -verlagerung. Gut bewertet werden Industriegewende, Antriebs- und Treibstoffwende sowie Stromnetz und Stabilität. Befriedigend sind die Ansätze im Bereich Strommarktdesign und Grüner Wasserstoff.

**VISION ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM** Dieses Wahlprogramm zeugt von einer sehr positiven und komplexen Vision eines erneuerbaren Energiesystems. Eine nachhaltige Wirtschaft wird darin mit systemdienlichen Effizienzen und Suffizienzen unterstützt, um den Wohlstand der Gesellschaft gerecht zu halten. Dafür werden zukunftsfähige Technologien unterstützt und die Transformation priorisiert.

**ERNEUERBARE AUSBAU- UND FOSSILE AUSSTIEGSZIELE** Das Wahlprogramm überzeugt mit ambitionierten und fundierten Transformationszielen. Ihr Programm lehnt Investitionen in Atomkraftwerke ab, fordert die Stilllegung von Gasinfrastruktur und legt einen klaren Ausstiegspfad für den vorgezogenen Kohleausstieg bis 2030 vor. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird konsequent verfolgt und mit konkreten Vorschlägen sowie klaren Zielen gestärkt. Die Klimaziele sind ambitioniert und werden durch einen Klimafonds und jährliche Vorgaben im Einklang mit dem Pariser Abkommen ergänzt. Der Übergang zu erneuerbaren Energien wird deutlich priorisiert.

**BETEILIGUNG UND TEILHABE** Das Programm legt umfassende Pläne für die Beteiligung und Teilhabe an der Energiewende vor. Dazu gehören Bürgerinitiativen, -begehren und -entscheide, Wirtschafts- und Sozialräte im Strukturwandel, Stärkung von Betriebs- und Personalräten und ein Expert:innenrat für Transformation und Wirtschaft. Außerdem werden genossenschaftliche Solar- und Windkraftanlagen und Öffentlichkeitsbeteiligung bei der kommunalen Wärmeplanung unterstützt. Konkret wird außerdem ein Bundespartizipationsgesetz, ein Recht auf Open Data, sowie eine erhöhte finanzielle Beteiligung von Kommunen an Energieprojekten vorgeschlagen.

**GERECHTE ENERGIEWENDE** Die Linke präsentiert als Ziel eine nachhaltige Wirtschaft in planetaren Grenzen, in dem Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit unzertrennbar sind. Entlastungsmaßnahmen umfassen die Regulation der Energiepreise, sozial gestaffelte Energietarife, Warmmietenneutralität, Klimageld und ein Verbot von Strom- und Gassperren sowie gestaffelte Förderungen für E-Autos und Heizungssanierungen. Die Transformation wird finanziert durch die Abschaffung der Schuldenbremse, Kreditaufnahme, Reduzierung von klimaschädlichen Subventionen und einer einmaligen Vermögensabgabe der Reichsten. Die soziale Absicherung und Weiterqualifizierung in Strukturwandelregionen wird hervorgehoben. Soziale Gerechtigkeit wird international gefördert durch Abkommen mit sozialen und ökologischen Standards sowie Schuldenschnitten und finanzielle Unterstützungen bei Klimaschutz und -anpassung im globalen Süden.

**UMBAU DER INDUSTRIE** Das Programm lässt starke Ambitionen für eine Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie erkennen. Während Technologieansätze konkreter sein könnten, sind die finanziellen Fördermaßnahmen sehr detailliert und gut ausgereift. Es fehlen Maßnahmen zur Sicherung der Industrie in Deutschland während der Transformation.

**FLEXIBLES STROMMARKTDESIGN UND ENTGELTE** Das Wahlprogramm setzt auf eine Reform des Strommarkts mit dem Ziel einer sozialgerechteren Preisgestaltung. Vorgeschlagen werden unter anderem Sockeltarife, eine Anpassung des Merit-Order-Prinzips und eine neue Netzentgeltstruktur, bei der Stromerzeuger an den Transportkosten beteiligt werden. Zudem

wird die Dezentralisierung durch einen erzeugungsnahen Einsatz des Stroms betont, während die Digitalisierung zur Überwachung der Preise genutzt werden soll. Während das Programm viele Ansätze zur Senkung und sozial gerechten Anpassung der Strompreise bietet, fehlen konkrete Konzepte für dynamische Strom- und Netzentgelttarife.

**WÄRMEWENDE** Das Wahlprogramm überzeugt mit sozialem Fokus und einer klaren Wärmewende-Strategie. Heizkosten sollen gestaffelt, Sperren verboten und ein Fonds für Notlagen bei Zahlungsunfähigkeit eingerichtet werden. Genossenschaften und Bürger:innenwärme werden gefördert und bis zu 82 % der Kosten für erneuerbare Heizungen übernommen. Der fossile Ausstieg wird aktiv vorangetrieben, mit Fokus auf Nah- und Fernwärme. Sanierung hat Vorrang vor Neubau und soll durch Sanierungsbeauftragte unterstützt werden. Das Gebäudeenergiegesetz soll sozial verbessert, nicht abgeschafft werden. Zudem betont das Programm die Bedeutung des Netzausbaus für die Wärmewende.

**VERKEHRSVERMEIDUNG UND -VERLAGERUNG** Das Wahlprogramm spricht sich deutlich für eine Verkehrsvermeidung und -verlagerung aus. Verkehrs- und Transportwege sowie der Individualverkehr sollen reduziert und kollektive Verkehrssysteme ausgebaut werden. Fuß-, Rad-, und öffentlicher Nahverkehr werden priorisiert und ausgebaut: Autofreie Innenstädte und eine fußläufige Erreichbarkeit der alltäglichen Versorgung in 15 Minuten werden befürwortet und eine Infrastrukturgarantie für die Nahversorgung in Städten und auf dem Land gefordert. In jedem Dorf sollen mindestens im Stundentakt Bus oder Bahn fahren. Das 9-Euro-Ticket soll wieder eingeführt werden und außerdem pro Jahr sechs Freifahrten im Fernverkehr beinhalten. Perspektivisch soll der ÖPNV kostenfrei werden. Für die Bahn sieht die Linke stündliche Fern- und Nachtzugesbindung in jede Großstadt vor. Flüge unter 500 km oder fünf Zugstunden sollen verboten und eine Vielfliegersteuer eingeführt werden. Der Güterverkehr soll auf die Schiene und Wasserwege verlagert werden. Dafür soll bspw. das Schienennetz ausgebaut, Gleisanschlüsse und Logistikzentren gefördert werden.

**ANTRIEBS- UND TREIBSTOFFWENDE** Im Sinne der Abtriebs- und Treibstoffwende spricht sich das Programm in Bezug auf den Individualverkehr klar für die Elektromobilität aus. Wasserstoff, E-Fuels und Biokraftstoffe sollen nur dort zum Einsatz kommen, wo es keine bessere Alternative gibt. Die öffentliche Hand soll als Vorreiter für die Elektromobilität agieren und ab sofort in der Regel E-Autos beschaffen. Nach Bedarf sind für Menschen auf dem Land mit niedrigem Einkommen sowie für soziale Dienste, Kleingewerbe, Handwerks- und Taxibetriebe Förderungen vorgesehen, welche diesen den Umstieg auf effiziente E-Autos ermöglichen sollen. Darüber hinaus sind jedoch keine weiteren Maßnahmen zur Erreichung der Zielvision für die Antriebs- und Treibstoffwende genannt.

**STROMNETZ UND STABILITÄT** Das Wahlprogramm legt einen klaren Fokus auf die Stabilität eines Energiesystems auf Basis erneuerbarer Energien durch den Einsatz neuer Batterietechnologien und Langzeit-Energiespeicher. Diese sollen insbesondere genutzt werden, um Versorgungssicherheit während Dunkelflauten zu gewährleisten und den Netzausbau zu minimieren. Erzeugung und Verteilung von Energie soll nach dem Prinzip „so dezentral wie möglich, so zentral wie nötig“ erfolgen. Wasserstoff wird ausschließlich als Lösung für langfristige Speicherbedarfe betrachtet. Zudem wird der Schutz kritischer Infrastrukturen betont. Insgesamt enthält das Programm ambitionierte Ansätze zur Stabilität des Stromsystems, berücksichtigt jedoch das Potenzial von Flexibilitäten nur am Rande.

**FÖRDERUNG VON GRÜNEM WASSERSTOFF** Grundsätzlich wird das Thema korrekt und dem aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstand entsprechend eingeordnet. Das kritische Framing stimmt mit den Defiziten von Wasserstoff überein. Wichtige Punkte, wie die Infrastrukturplanung sowie finanzielle Förderinstrumente werden jedoch gar nicht erwähnt, womit es an Tiefe und Ausgereiftheit fehlt.

# Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW)

*Die BSW hat insgesamt ein schwaches Programm zur Energiewende.* Während die Vision ungenügend ist, werden schwache Ausbau- und Ausstiegsziele beschrieben. Befriedigend bewertet werden die Kriterien Beteiligung und Teilhabe, Industriegewende, Strommarktdesign, Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie grüner Wasserstoff. Schwache Ansätze werden für die restlichen Kriterien präsentiert, namentlich Gerechte Energiewende, Wärmewende, Antriebs- und Treibstoffwende, sowie Stromnetz und Stabilität.

**VISION ERNEUERBARES ENERGIESYSTEM** Dieses Programm ordnet die Energiewende als zu teuer und unnötig ein. Dabei werden bereits gebaute Technologien weiterhin im System genutzt, die weitere Transformation aber weitestgehend gestoppt oder sogar zurückgebaut.

**ERNEUERBARE AUSBAU- UND FOSSILE AUSSTIEGSZIELE** Das Wahlprogramm hat schwache Transformationsziele. Es lehnt zwar den Neubau von Atomkraftwerken ab, setzt jedoch auf Investitionen in Kernfusion und spricht sich gegen den gesetzlich verabschiedeten Kohle- und einen nötigen Gasausstieg aus. Der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere Wind, wird abgelehnt oder nur unter bestimmten Bedingungen unterstützt. PV, Geothermie und Fernwärme sind gewünscht, jedoch ohne konkrete Ziele und mit Einschränkungen. Klimaneutralitätsziele werden als unrealistisch betrachtet, weshalb die Nutzung von Gas fortgeführt werden soll.

**BETEILIGUNG UND TEILHABE** Im Wahlprogramm findet sich keine umfassende Beschreibung, wie Beteiligung und Teilhabe von Bürgern in der Energiewende verbessert werden können. Allgemein werden Volksentscheide, -begehren und -abstimmungen gefordert. Die individuelle Teilhabe von Bürger:innen wird durch Energiegenossenschaften unterstützt.

**GERECHTE ENERGIEWENDE** Das Wahlprogramm legt kein allgemeines Konzept zur Gerechtigkeit in der Energiewende vor, wobei die Bezahlbarkeit von Mobilität und Energie angesprochen wird. Es werden Entlastungsmaßnahmen genannt: Senkung der Energiepreise, Verbot von Strom- und Gassperren, Mieterschutz bei Sanierungen, Leasingangebote für umweltfreundliche Fahrzeuge, soziale Schuldnerberatungsangebote. Im Bezug auf Generationengerechtigkeit ist eine Ausnahme in der Schuldenbremse für Infrastrukturinvestitionen zu nennen, wohingegen die Einschränkung, den CO<sub>2</sub>-Preis soll abzuschaffen, sofern er nicht global Anwendung findet, als negativ gewertet werden muss. Ein Bekenntnis zu globaler Gerechtigkeit gibt es nicht.

**UMBAU DER INDUSTRIE** In Ansätzen beschreibt das Programm Maßnahmen und Ideen, um eine Transformation zu einer klimaneutralen Industrie zu gewährleisten, ergänzt diese Ambitionen aber um widersprüchliche Aussagen. Diese Ambivalenz lässt keine hinreichende Strategie für eine konsistente Transformationsstrategie erkennen und müsste um eindeutige Bekenntnisse erweitert werden.

**FLEXIBLES STROMMARKTDESIGN UND ENTGELTE** Das Wahlprogramm setzt sich für eine Senkung der Strompreise ein, einschließlich der Netzentgelte. Zudem werden intelligente Netze und eine flexible Energieversorgung klar benannt. Allerdings fehlen konkrete Vorschläge für ein flexibles Strommarktdesign, sodass zentrale Mechanismen zur Steuerung von Angebot und Nachfrage unberücksichtigt bleiben.

**WÄRMEWENDE** Das Wahlprogramm macht nur schwache bis schädliche Vorschläge bezüglich der Wärmewende. Hierbei sollen zwar erneuerbare Technologien wie Geothermie sowie Abwärme und Biomethan stark gefördert werden, jedoch werden andere erneuerbare Träger nicht genannt oder schlecht bewertet. Zudem verweigert sich das Programm einer Abkehr von Erdgas als Wärmeträger in den nächsten Jahren und droht damit, das Gebäudeenergiegesetz durch geplante Volksabstimmungen zurückzunehmen. Während der

Bedarf nach bezahlbarer Wärme erwähnt wird, werden keine Vorschläge zu dessen Preisregulierung gemacht. Die Aspekte der energetischen Sanierung, die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und eine steigende Sektorenkopplung werden nicht erwähnt.

**VERKEHRSVERMEIDUNG UND –VERLAGERUNG** Bezüglich der Verkehrsvermeidung und -verlagerung hebt das Wahlprogramm die Wichtigkeit des Autos, insbesondere im ländlichen Raum hervor, spricht sich jedoch für die Möglichkeit einer freien Wahl des Fortbewegungsmittels und bezahlbare Mobilität aus. Sie plädiert für eine Verbesserung der Nahversorgung mit einer Infrastrukturgarantie für Deutschland. Sie fordert sichere Radwege in der Innenstadt sowie einen attraktiven und zuverlässigen öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Sowohl der Personen- als auch der Güterverkehr soll stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden. Das Wahlprogramm unterstützt den dauerhaften Erhalt des Deutschlandtickets und schlägt eine Senkung der Trassenpreise vor.

**ANTRIEBS- UND TREIBSTOFFWENDE** Im Bereich der Antriebs- und Treibstoffwende beschreibt das Wahlprogramm ein Festhalten am Status Quo. Es steht der E-Mobilität und vor allem einer Priorisierung dieser gegenüber anderen Technologien skeptisch gegenüber. Stattdessen wird vor allem auf verbrauchsärmere Verbrenner und alternative Kraftstoffe gesetzt und die Rücknahme des Verbrennerverbots gefordert.

**STROMNETZ UND STABILITÄT** Das Wahlprogramm thematisiert die Versorgungssicherheit, stellt jedoch klar, dass diese nicht primär auf erneuerbaren Energien basieren soll. Der Netzausbau wird in Konkurrenz zur regionalen Energieproduktion gesehen, wobei die Bedeutung dezentraler Energieversorgung betont wird. Gleichzeitig fordert das Wahlprogramm den Ausbau von Speichern, darunter Batteriespeicher, sowie Reservekapazitäten, die im Interesse der Allgemeinheit betrieben werden sollen. Insgesamt bleibt das Programm in diesem Bereich wenig konstruktiv und sieht zwar Maßnahmen zur Stabilität vor, jedoch nicht auf Basis erneuerbarer Energien.

**FÖRDERUNG VON GRÜNEM WASSERSTOFF** Wasserstoff wird als Teil der Energiewende betrachtet, jedoch ohne klaren Fokus oder ein explizites Bekenntnis zu grünem Wasserstoff. Die Erwähnung von Elektrolyseuren deutet eine mögliche Erzeugung an, doch grüner Strom bleibt unerwähnt. Während die Systemintegration thematisiert wird, fehlen konkrete Schlüsselanwendungen gänzlich. Zudem gibt es keine Konzepte für Speicher- und Transportinfrastruktur oder lokale Erzeugung, während Importstrukturen durch Energiepartnerschaften gefördert werden sollen. Die finanzielle Förderung bleibt vage und unspezifisch. Insgesamt hat Wasserstoff nur eine untergeordnete Rolle und wird ohne klare Maßnahmen zur Umsetzung betrachtet.

# Literaturverzeichnis

- Agora Energiewende und Forschungsstelle für Energiewirtschaft e.V. 2023. 'Haushaltsnahe Flexibilitäten Nutzen. Wie Elektrofahrzeuge, Wärmepumpen Und Co. Die Stromkosten Für Alle Senken Können'.
- Agora Energiewende und Wuppertal Institut. 2019. 'Klimaneutrale Industrie: Schlüsseltechnologien und Politikoptionen für Stahl, Chemie und Zement'. Berlin. <https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaneutrale-industrie-hauptstudie/>
- Bataille, Chris, et al. 2018. 'A Review of Technology and Policy Deep Decarbonization Pathway Options for Making Energy-Intensive Industry Production Consistent with the Paris Agreement'. *Journal of Cleaner Production* 187 (June):960–73. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2018.03.107>.
- Blohm, Marina, Ilka Hoffmann, Josephine Semb, und Isabell Braunger. 2024. 'Wasserstoff in Der Kommunalen Wärmeplanung. Lessons Learned Aus Schleswig-Holstein'. Europa-Universität Flensburg. <https://coaltransitions.org/publications/wasserstoff-in-der-kommunalen-warmeplanung/>.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). 2025. 'Erneuerbare Energien'. Zugriff: 3.2.2025. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/erneuerbare-energien.html>.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). 2023. 'Roadmap Systemstabilität. Fahrplan zur Erreichung eines sicheren und robusten Betriebs des zukünftigen Stromversorgungssystems mit 100 % erneuerbaren Energien'. <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Energie/20231204-roadmap-systemstabilitaet.html>.
- Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen. 2025. 'Bundesnetzagentur Veröffentlicht Daten Zum Strommarkt 2024'. 3 Januar 2025. [https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/2025\\_0103\\_smard.html](https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/2025_0103_smard.html).
- Burger, Bruno. 2025. 'Stromerzeugung in Deutschland Im Jahr 2024'. [https://www.energy-charts.info/downloads/Stromerzeugung\\_2024.pdf](https://www.energy-charts.info/downloads/Stromerzeugung_2024.pdf).
- DAWUM. 2025. 'Bundestagswahl: Neueste Wahlumfragen im Wahlrend | Sonntagsfrage #btw25'. DAWUM. 2025. <https://dawum.de/Bundestag/>.
- Deutscher Bundestag. 2025. 'Sitzverteilung des 20. Deutschen Bundestages - Deutscher Bundestag'. Deutscher Bundestag. Zugriff: 3.2.2025.. [https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung\\_20wp](https://www.bundestag.de/parlament/plenum/sitzverteilung_20wp).
- Diesing, Philipp, Gabriel Lopez, Philipp Blechinger, und Christian Breyer. 2025. 'From Knowledge Gaps to Technological Maturity: A Comparative Review of Pathways to Deep Emission Reduction for Energy-Intensive Industries'. *Renewable and Sustainable Energy Reviews* 208 (115023). <https://doi.org/10.1016/j.rser.2024.115023>.
- Herpich, Philipp, Franziska Holz, und Konstantin Löffler. 2023. 'Wärmewende in Berlin: Versorgungssicherheit nach dem Erdgas mit erneuerbaren Energien gewährleisten'. *DIW Wochenbericht* 90 (49): 685–93. [https://doi.org/10.18723/diw\\_wb:2023-49-1](https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-49-1).
- Herpich, Philipp, Josephine Semb, Pao-Yu Oei, und Claudia Kemfert. 2023. 'Klimaschutz in Der Lausitz Zur Einhaltung Der 1,5-Grad Grenze'. FossilExit/Europa-Universität Flensburg



- und DIW Berlin. <https://coaltransitions.org/publications/klimaschutz-in-der-lausitz-zur-einhaltung-der-15-grenze/>.
- Holz, Franziska, Robin Sogalla, Christian von Hirschhausen, und Kempter, Claudia. 2022. 'Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert'. 83. DIW aktuell. Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.838841.de/diw\\_aktuell\\_83.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.838841.de/diw_aktuell_83.pdf).
- Holzmann, Sara, und Ingo Wolf. 2023. 'Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit. Wie die deutsche Bevölkerung Zielkonflikte in der Transformation wahrnimmt'. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/klimapolitik-und-soziale-gerechtigkeit>.
- International Energy Agency (IEA). 2025. 'Germany - Countries & Regions'. Zugriff: 4.2.2025. <https://www.iea.org/countries/germany>.
- International Renewable Energy Agency (IRENA). 2022. 'Green Hydrogen for Industry: A Guide to Policy Making'. <https://www.irena.org/publications/2022/Mar/Green-Hydrogen-for-Industry>.
- Linke, Avia, Anne Wasike-Schalling, Philipp Diesing, und Maren Murjahn. 2023. 'Ein Nachhaltiger Weg Zu Einem Erneuerbaren Energiesystem: Einsatz von Grünem Wasserstoff Und Flexibler Elektrolyse'. Berlin: Reiner Lemoine Institut, Green Planet Energy. [https://green-planet-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Studien/RLI-GPE\\_Studie\\_sinnvoller\\_Wasserstoffeinsatz\\_und\\_flexible\\_Elektrolyse\\_Update.pdf](https://green-planet-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Studien/RLI-GPE_Studie_sinnvoller_Wasserstoffeinsatz_und_flexible_Elektrolyse_Update.pdf).
- Local Energy Consulting. 2020. 'Akzeptanz und lokale Teilhabe in der Energiewende. Handlungsempfehlungen für eine umfassende Akzeptanzpolitik. Impuls im Auftrag von Agora Energiewende.' <https://www.agora-energiewende.de/publikationen/akzeptanz-und-lokale-teilhabe-in-der-energiewende>.
- Prognos, Öko-Institut, und Wuppertal-Institut. 2021. 'Klimaneutrales Deutschland 2045. Wie Deutschland seine Klimaziele schon vor 2050 erreichen kann. Langfassung im Auftrag von Stiftung Klimaneutralität, Agora Energiewende und Agora Verkehrswende'.
- Quaschnig, Volker. 2016. 'Sektorkopplung durch die Energiewende - Anforderungen an den Ausbau erneuerbarer Energien zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele unter Berücksichtigung der Sektorkopplung'. Berlin, Germany: Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. <http://www.volker-quaschnig.de/publis/studien/sektorkopplung/Sektorkopplungsstudie.pdf>.
- Reiner Lemoine Kolleg. 2024a. 'WAHLPROGRAMM-CHECK BRANDENBURG, Landtagswahl 2024: Welche Wahlprogramme Bringen Die Energiewende Voran? - Kurzanalyse Und Bewertung'. Reiner Lemoine Kolleg. <https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/Wahlprogramm-Check-Brandenburg-Energiewende-Juli-2024-final.pdf>.
- . 2024b. 'WAHLPROGRAMM-CHECK SACHSEN, Landtagswahl 2024: Welche Wahlprogramme Bringen Die Energiewende Voran? - Kurzanalyse Und Bewertung'. Reiner Lemoine Kolleg. <https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/Wahlprogramm-Check-Sachsen-Energiewende-Juli-2024-final.pdf>.
- . 2024c. 'WAHLPROGRAMM-CHECK THÜRINGEN, Landtagswahl 2024: Welche Wahlprogramme Bringen Die Energiewende Voran? - Kurzanalyse Und Bewertung'. Reiner Lemoine Kolleg. <https://www.reiner-lemoine-stiftung.de/pdf/Wahlprogramm-Check-Thuringen-Energiewende-Juli-2024-final.pdf>.

- Reiner Lemoine Stiftung. 2020. 'Weichenstellungen Ins Erneuerbare Energiesystem. Impulspapier Zur EnergieSystemWende Im Wahljahr 2021.'
- Reusswig, Fritz, und Beate Küpper. 2023. 'Klimapolitische Einstellungen Im Kontext Des Krieges Gegen Die Ukraine'. In *Die Distanzierte Mitte. Rechtsextreme Und Demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, 289–315. <https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023>.
- Rosenow, Jan. 2022. 'Is Heating Homes with Hydrogen All but a Pipe Dream? An Evidence Review'. *Joule* 6 (10): 2225–28. <https://doi.org/10.1016/j.joule.2022.08.015>.
- Statistisches Bundesamt. 2025. 'Bundestagswahl 2025: mindestens 59,2 Millionen Wahlberechtigte'. Zugriff: 3.2.2025. [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/12/PD24\\_460\\_14.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/12/PD24_460_14.html).
- Teune, Simon, Maike Rump, Beate Küpper, Julia Schatzschneider, Fritz Reusswig, und Wiebke Lass. 2021. 'Energiewende? - ja! Aber... : Kritik und Konflikte um die Energiewende im Spiegel einer Bevölkerungsbefragung', August. <https://doi.org/10.48485/pik.2021.005>.
- Umweltbundesamt. 2024a. 'Energiesparende Gebäude'. 5 September 2024. Zugriff: 5.2.2025. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/energiesparen/energiesparende-gebäude>.
- . 2024b. 'Klimaschutz im Verkehr'. 15 Juli 2024. Zugriff: 17.12.2024. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr/klimaschutz-im-verkehr>.

# Anhang

#	Kriterium	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	Schlagwörter
1	Vision erneuerbares Energiesystem	Das Wahlprogramm lässt erkennen, dass ein neues energiepolitisches Projekt in Richtung erneuerbares Energiesystem gestartet werden soll. Dabei macht es sich stark für eine nachhaltige Wirtschaft in der Effizienz und Suffizienz vereint werden. Die Transformation wird priorisiert und Gerechtigkeitsaspekte und zukunftsfähige Technologien unterstützt.	In einzelnen Bereichen werden Ideen für die Energiewende und für das erneuerbare Energiesystem beschrieben, allerdings ohne ein visionäres Gesamtpaket zu präsentieren. Zukunftstechnologien werden unzureichend unterstützt und das Wachstumsprimat wird über die Transformation gestellt.	Das Wahlprogramm drückt sich gegen die Energiewende aus und skizziert diese als gefährlich, unnötig und/oder schädlich.	Energiewende, Erneuerbare Energie, Energiesystem, EEG, GEG, klimafreundlich, Akzeptanz, akzeptiert, Stabilität, Sicherheit, Wachstum, gruen, Transformation, transformieren, Industrienation, Wirtschaftswachstum, Diktatur, Heizungshammer, Dunkelflaute, Zappelstrom, Wachstum, Degrowth, Treibhausgasemissionen, Treibhausgase, Gasförderung
2	Erneuerbare Ausbau- und fossile Ausstiegsziele	Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien und Klare Kohleausstiegsszenarien werden erwähnt und mit konkreten Maßnahmen verknüpft.	Der Ausbau des erneuerbaren Energiesystems und ein Kohleausstieg werden erwähnt, aber es fehlen jährliche Ziele oder klare Ausstiegsszenarien.	Ambitionierte Ausbauziele fürs erneuerbare Energiesystem, oder Ausstiegsszenarien für Kohle sind nicht gewollt.	Ausbau; Ziele; Wind; PV, Photovoltaik, Solar, Sonne, ; Wasserkraft; Kohle; Gas; Ausstieg; Planung; Fossil; Flächen; Flächenbereitstellung, LNG; klimaneutral, 2030,2035, 2045, 2038, Kohlekraft, Kohleverstromung, Brückentechnologie, Gasnetze, Kraftwerksstrategie, Gaskraftwerke, h2ready, 2050, Atomenergie, Atomkraftwerke, nukleare Energie, Fusionskraftwerke, Kernfusion, Kernenergie, Treibhausgase, Treibhausgasemissionen, Abkommen, Paris, Atom, Grad, international, EU, Klimawandel, Klimaschutz



#	Kriterium	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	Schlagwörter
3	Beteiligung und Teilhabe	Teilhabe und Bürger:innenbeteiligung werden wichtige Elemente der Energiepolitik und Energiewende bezeichnet, und gehen über eine rein monetäre Beteiligung hinaus und erkennen soziale und planerische Ebenen an. Es wird für alle Aspekte konkrete Maßnahmen vorgeschlagen wie dies gestärkt werden soll.	Es sollen Teilhabe und Beteiligung von der Bevölkerung an Energieprojekten und Energiepolitik soll gestärkt werden, aber konkrete Maßnahmen werden nicht erwähnt.	Eine Stärkung der Teilhabe und Bürger:innenbeteiligung werden abgelehnt.	Planung, Beteiligung, Prozess, Information, Akzeptanz, Sharing, Genossenschaften, Bürgerenergie, Bürgerforen, Einspeis-, Vergütung, Partizipation, Teilhabe, Transparenz, Wertschöpfung, Trading, Bürger, Vor-Ort, Regional, Prosumer, Mieter, Quartier, Öffentlichkeit, Abstand, Schutz, Anwohner, Gemeinschaft
4	Gerechte Energiewende	Die gerechte Energiewende wird als komplexes Feld anerkannt, was Bezahlbarkeit, gestaffelte Förderungen, intersektionelle Lebensrealitäten und Generationengerechtigkeit sowie globale Gerechtigkeit miteinbezieht. Es werden zu allen dieser Aspekte konkrete Maßnahmen vorgeschlagen.	Es gibt ein Bekenntnis zur der gerechten Energiewende im Sinne von Bezahlbarkeit und intersektionalen Lebensrealitäten wird betont, und es werden einzelne unterstützende Maßnahmen vorgestellt.	Es werden überwiegend Maßnahmen genannt, die eine gerechte Energiewende und solidarische Aufteilung von Kosten und Gewinnen erschweren würden.	Härte, Energiekosten, Energiepreis, Strompreis, Nebenkosten, Heizkosten, Belastung, Einkommen, Armut, Entlastung, Transformation, Identität, Gerechtigkeit, Solidarisch, Klimageld, CO2 Preis, Miet, Förderung, Gießkanne, Gestaffelt, Arbeitsplätze, fair, Fläche, Stadt-Land, Generation, Strukturwandel, strukturschwach, Kohlerevier, Stromsperre, Kohleausstieg, gerecht, bezahlbar, für alle, Import, Partnerschaft, Gesundheit, Region
5	Umbau der Industrie	Das Wahlprogramm fordert eine Transformation hin zu einer klimaneutralen Industrie, die auf erneuerbaren Energien basiert und es werden dahingehend konkrete Vorschläge für Umsetzung und Finanzierung gemacht. Einer Abwanderung der Industrie wird aktiv entgegengewirkt, ohne das Ziel der Klimaneutralität in Frage zu stellen.	Es wird eine Transformation der Industrie gefordert, aber es werden keine konkreten Strategien und Fördermaßnahmen vorgeschlagen. Zudem ist kein klarer Fokus auf Erneuerbare zu erkennen.	Die Transformation der Industrie soll nicht erfolgen. Stattdessen wird an einer Business-as-Usual-Strategie festgehalten. Die Abkehr von fossilen Energieträgern ist nicht gewollt.	Industrie, Wirtschaft, Betrieb, Anlagen, Arbeitsplätze, Standort, energieintensiv, Grundstoff, Stahl, Chemie, Zement, Klimaschutzvertrag/-verträge, Leitmarkt, Leitmärkte, Wasserstoff, Recycling, Elektrifizierung, CCS, Abscheidung, Prozess, Flexibilität, Flexibel, Flexibilisierung, Netzanschluss

#	Kriterium	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	Schlagwörter
6	Flexibles Strommarktdesign und Entgelte	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau des Stromsystems und macht konkrete Vorschläge, wie ein flexibler Strommarkt gestaltet werden kann.	Es wird allgemein von einem flexiblen Strommarkt geschrieben, aber ein konkretes Strommarktdesign wird nicht oder nur vereinzelt dargestellt.	Den Umbau des Strommarktdesigns wird abgelehnt bzw. es werden Maßnahmen genannt, die einem Umbau entgegenwirken würden.	Dynamisch, Strompreise, (Netz)Entgelt, Tarifmodell, Stromtarif, Strommarktdesign, Flexibler Strommarkt, Strommarkt Flexible Nutzung, systemdienlich, haushaltsnah, Flexibilitäten, Smart Meter, Verbrauchsspitze, Digitalisierung (Verteilnetze)
7	Wärmewende	Das Wahlprogramm fordert die Umsetzung einer Wärmewende in der Gas und Kohle nicht mehr zum Heizen verwendet, sondern nur noch erneuerbare Heizmittel. Hier werden genaue Pläne gemacht zur Unterstützung erneuerbarer Technologien zur Wärmeproduktion sowohl dezentral als auch zentral. Es macht spezifische Forderungen im Bereich der Gebäudesanierung und unterstreicht die Relevanz einer gerechten Wärmewende mit Ideen. Besonders hervorragend ist ein Verweis auf die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung.	Die Wärmewende wird im Wahlprogramm erwähnt. Dabei wird der Bedarf nach erneuerbarer Wärme, sowie die schleppende Sanierungsrate adressiert.	Die Wärmewende wird im Programm aktiv behindert in dem der Umstieg auf erneuerbare Wärmeträger gestoppt oder verhindert werden sollen. Darüber hinaus werden erneuerbare Wärmetechnologien in ihrer Entwicklung gehindert und fossile avanciert. Auch Sanierung wird nicht gefördert. Gesetzliche Vorschriften, wie die KWP oder das GEG sollen aktiv behindert werden.	Wärmewende, Heizungskessel, Kommunale Wärmeplanung, Gebäudeenergiegesetz, Gasnetze, Gas, Gaspreise, Gasheizung, Ölheizung, Wärmepumpen, Geothermie, Fernwärme, Nahwärme, Gebäudesanierung, Sanierungspauschale, H2ready, Sanierungsumlage, Biogas, Biomethan, Wasserstoffkernnetz, LNG, Liquid-Natural-Gas, Erdgas, flüssiges Erdgas, Brückentechnologie, Neubau

#	Kriterium	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	Schlagwörter
8	Verkehrsverlagerung und -vermeidung	Das Wahlprogramm fordert als Teil der Mobilitätswende eine Verkehrsverlagerung und -vermeidung. Dies spiegelt sich auch in konkreten Maßnahmen wieder. Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel werden gegenüber dem motorisierten Individualverkehr priorisiert	Ansätze zur Verkehrsverlagerung und/oder -vermeidung werden genannt, bleiben jedoch überwiegend unkonkret. Alternativen zum motorisierten Individualverkehr werden nicht priorisiert.	Maßnahmen, die Verkehr verlagern oder reduzieren würden, werden abgelehnt und der motorisierte Individualverkehr wird gegenüber Alternativen priorisiert.	ÖPNV; Nahverkehr; Bus; Bahn; Sharing; Schiene; Deutschlandticket; Schülerticket; Fahrrad; Radweg; Mobilitätsstation; Rufbus; P2R; R2P; Quartier/Stadt der kurzen Wege; 15-Minuten-Quartier; Provinznetz; Nahversorgung; öffentliche Infrastruktur; öffentlichen Infrastruktur; 5G; Stadt-Land-Verknüpfung; autofrei; Vermeidung von Verkehr; Straßennetz; Straßenausbau; Tempolimit
9	Antriebs- und Treibstoffwende	Das Wahlprogramm fordert eine Antriebs- und Treibstoffwende, mit einer Priorisierung der Elektromobilität. Konkrete Maßnahmen spiegeln dies wieder. Fossile Kraftstoffe sollen künftig im Verkehr keine Anwendung mehr finden.	Die Vision eines klimaneutralen Verkehrssektors ist erkennbar. Es werden Maßnahmen gefordert, welche diese unterstützen, jedoch weitestgehend unkonkret bleiben. Die Elektromobilität wird nicht priorisiert.	Eine Antriebs- und Treibstoffwende wird abgelehnt und Maßnahmen gefordert, welche dieser entgegenstehen würden.	Elektrifizierung, Elektroautos, Elektrofahrzeuge, Ladeinfrastruktur, Ladesäulen, Brennstoffzelle, Wasserstoff, Verbrennungsmotor, Verbrenner, Verbrennerverbot, Verbrenner-Aus, technologieoffen, Auto, Parkflächen, E-Fuels, synthetisch

#	Kriterium	Sehr gut	Befriedigend	Ungenügend	Schlagwörter
10	Stromnetz und Stabilität	Der geforderte Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze ist ambitioniert und es werden konkrete Vorschläge gemacht.	Das Wahlprogramm fordert einen Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur, bleibt aber wenig ambitioniert oder nur vage bei den Vorgaben.	Es werden einzelne Maßnahmen genannt, die dem Umbau der Gas- und Strom-Infrastruktur und der Netze entgegenwirken.	Strom, Netz, Versorgungssicherheit, sicher Betrieb, Netzstabilität, Systemdienlich, Netzausbau(plan), Dezentral, Erzeugung, Smart Grid, Flexibilitätsoptionen (erneuerbarer Energien), Sektorenkopplung, Power-to-X, Vehicle-to-grid (Groß-)(Batterie-) Speicher.
11	Förderung von Grünem Wasserstoff	Im Wahlprogramm wird insbesondere grüner Wasserstoff gezielt als Teil der Energiewende anerkannt und hierfür sollen Projekte für die (insbesondere lokale, dezentrale) Erzeugung und Infrastruktur geplant und finanziell gefördert werden. Zudem werden Importinfrastrukturen mitgedacht. Fokus liegt auf Anwendung in Industrie, Langstreckenverkehr und als saisonaler Energiespeicher.	Wasserstoff wird als Teil der Energiewende gesehen. Dabei ist jedoch kein klarer Fokus auf grünen Wasserstoff zu erkennen, noch werden die entsprechenden Kernanwendungen hervorgehoben. Förderprogramme werden unzureichend diskutiert.	Der Einsatz von grünem Wasserstoff als Teil der Energiewende soll verhindert werden oder wird als nicht notwendig erachtet.	Wasserstoff, grün, Hydrogen, Elektrolyse, Elektrolyseur, Erzeugung, Wasserstoffnetz, Wasserstoffkernnetz, Pipeline, Import, Industrie, Stahl, Chemie, Ammoniak, Methanol, Flug, Schiff, Schiene, Langstrecke, Schwerlast, Verfügbarkeit, Hochlauf, Förderung, Speicher, Kaverne, Infrastruktur, Hydrogen Backbone, Hard-to-Abate

